Internationaler deutschsprachiger Rundbrief der ATTAC-Bewegung (20.7.2006)

Sand im Getriebe 52

Der Rundbrief "Sand im Getriebe" ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von AutorInnen unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort.
Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der ATTAC-Bewegung.

rtf/.pdf-Version unter www.attac.de/rundbriefe html-Version unter www.attac.at/sig.html mail an die Redaktion: sig@attac.de

Palästina, Libanon, Irak, Afghanistan

Besatzungen, Zerstörungen und Massaker



Der Nahe Osten brennt wieder. Israel bombt und verwüstet nach Belieben, greift völkerrechtswidrig und ohne Kriegserklärung den Libanon an, erklärt offen und schamlos das Ende des Osloer Prozesses und will seine Staatsgrenzen unilateral, nach Gutherrenart festsetzen. Und die Welt schaut zu. **Alain Gresh** beklagt die *„Gefälligkeit gegenüber einer israelischen Regierung, die sich weigert, das Recht der Palästinenser auf einen unabhängigen Staat in den 1967 besetzten Gebieten anzuerkennen, die den Terrorismus gegen die Zivilbevölkerung einsetzt und alle Verpflichtungen aus den Osloer Verträgen widerruft!"* Die Bush-Regierung ermuntert Israel; sie hat ein klar definiertes strategisches Ziel für ihre Politik im Nahen Osten: sie will die gesamte Region im Interesse der US-amerikanischen Multis umgestalten. Irak war nur der Anfang. Dort geht nicht alles nach Plan. Inzwischen herrscht Zeitdruck. Die Bush-Präsidentschaft dauert nur noch 2 Jahre, und die Friedensbewegung in den USA und weltweit gewinnt an Fahrt Die Neokonservativen um Cheney könnten versucht sein, sich aus dem Irak-Desaster durch eine Vorwärtsstrategie

herauszukatapultieren und – Israel als Speerspitze benutzend – die nächsten Dominosteine in der Gesamtstrategie, Syrien und den Iran, zum Kippen zu bringen.
Das würde einen Flächenbrand mit unvorhersehbaren globalen Auswirkungen verursachen.
In der Debatte über die Israel-Lobby widerspricht **Uri Avnery** Noam Chomsky, der die Lobby eher – ökonomistisch - in den US-Multis fest macht. Er geht von einer Wechselbeziehung zwischen zwei Räubern aus: *„Die USA benützen Israel, um den Nahen Osten zu beherrschen – Israel benützt die USA, um Palästina zu beherrschen".*
Wann werden die EU-Länder - wie die **Schweizer Regierung** - mit scharfen Worten die Verletzungen des Völkerrechts durch Israel kritisieren? *„Setzen Sie sich für ein Ende der Besetzung Palästinas ein!"* rufen u.a. die **Palästinensische Gemeinde Deutschland** und die **Europäischen Juden für einen gerechten Frieden**. Dies tun z.B. israelische Friedensaktivisten, indem sie die Proteste gegen den Mauerbau in Bilin unterstützen.

Inzwischen sorgt die Frage „Wie weiter mit der Bewegung der Weltsozialforen" für heftige Debatten. Diese Bewegung hat angesichts der Verwüstungen des Neoliberalismus neue Hoffnung geschaffen, steht aber gegenwärtig vor großen Herausforderungen. **Samir Amin und François Houtart** betonen, dass diese historisch neue Bewegung nur dann tiefe Spuren in der Geschichte hinterlassen wird, wenn die anstehenden Aufgaben sorgfältig gelöst werden. *„In erster Linie müssen sie nun von der Entwicklung eines neuen kollektiven Bewusstseins zur Heranbildung kollektiver Akteure übergehen, um zur Schaffung eines neuen historischen Subjekts zu gelangen, das natürlich – wie im 19.und 20 Jahrhundert - die Arbeiterklasse einschließt, daneben aber auch einen breiten Fächer sozialer Akteure und Bewegungen."*
Der Bamako-Aufruf (SiG49) stößt sowohl auf Zustimmung wie auch auf Kritik. **Dorothea Härlin** beurteilt ihn eher skeptisch und sieht wegen der Forderung nach Selbstbestimmung der Völker und Nationen *„eine auf Nationalstaaten beruhende Weltsicht"*, die *„am veralteten Nord-Süd-Schema hängen bleibt"*. **Kerstin Sack** hält den Bamako-Aufruf für bis zu 80 Prozent kompatibel mit Attac-D-Positionen und warnt vor der Konstruktion falscher Gegensätze. *„Die Forderung nach der Souveränität steht nicht im Gegensatz zu neuen solidarischen Beziehungen zwischen den Ländern, sondern ist ihre Voraussetzung"*. Die Debatte ist eröffnet!

In einer BBC-Debatte zum Thema: Wer beherrscht die Welt behauptet **Philippe Legrain**: *„Es ist nicht wahr, dass Regierungen immer, oder meistens, den Unternehmen zudienen. Er betont die heilsame, Macht einschränkende Kraft des Marktes: Die größte Beschränkung unternehmerischer Macht kommt vom Wettbewerb…Regierungen, nicht Firmen, sind die wichtigsten Einrichtungen unserer Zeit die Bürokratie, welche die Unternehmen knebelt"* Dem hält **Walden Bello** entgegen: Der Markt in seinem spontanen Ablauf führt zur ungleichen Entwicklung, zur Zusammenballung wirtschaftlicher Macht, die sich – Beispiel Pharma- und Ölindustrie der USA - den Staat kaufen und unterwerfen kann. Demokratie wird so zur leeren Hülse. *„Wenn wir aber im Norden von einer Erosion der Regulierung der Konzerne sprechen, so stellen wir fest, dass in der Welt der Entwicklungsländer eine effiziente Regulierung überhaupt fehlt. Die Regierungen wagen es weder, Umweltschutz- und Arbeitsschutzgesetze durchzusetzen, noch Druck für gerechte Löhne und für die Einhaltung der Rechte der Gewerkschaften auszuüben, aus Angst, ausländische Investoren könnten einfach die Koffer packen und ins Nirwana der Konzerne, nach China verschwinden… Die Macht der Unternehmen ist außer Kontrolle. Sie muss bezähmt werden. Das wird nicht der Markt leisten können, sondern nur die gemeinsamen Anstrengungen von Regierungen und der globalen Zivilgesellschaft.*
Wie das zu machen ist und welche konkreten Alternativen kurzfristig und mittelfristig angestrebt werden sollten, das macht ein Papier von **Attac-F** im Zusammenhang mit der erfolgreichen Zurückweisung des CPE deutlich. Nicht nur Arbeitszeitverkürzung und Mindestlohn und öffentliche Investitionen, sondern direkte Demokratie in den Betrieben und darüber hinaus wird verlangt: *„Die Arbeitnehmervertreter eines Betriebes müssen in Verbindung mit dessen wichtigsten betroffenen Gruppen (= lokale Verwaltungen, Anwohnervereinigungen, Vereinigungen zum Schutz der Umwelt und von Kranken...) über demokratische Rechte verfügen, um auf die strategischen Produktions- und Investitionsentscheidungen der Betriebe Einfluss auszuüben (Art der Produktion, Ansiedlung...)und um diese zu zwingen, die Folgen der gewählten Technologien und der Produktion für die Gesundheit der Beschäftigten, der Bevölkerung und für die Umwelt zu berücksichtigen.* Da entsteht etwas Neues – oder sind es nur die liegen gebliebenen Aufgaben der Geschichte? Sollten wir die Zukunft auch in den Perlen der Vergangenheit zu suchen haben?

Die Redaktion: Peter Strotmann und Marie-Dominique Vernhes (Attac Deutschland) - Barbara Waschmann (Attac Österreich) – Florence Proton (Attac Schweiz)

Alain Gresh
Le Monde Diplomatique

Schamlose Kriegsverbrechen

***„Das Aushungern von Zivilpersonen als Mittel der Kriegführung ist verboten**. (…) Es ist verboten, für die Zivilbevölkerung lebensnotwendige Objekte (…) anzugreifen, zu zerstören, zu entfernen oder unbrauchbar zu machen“* (1) Aus den Bestimmungen des **Art. 54 des Zusatzprotokolls zu den Genfer Abkommen** (12. August 1949) von 1977 über den Schutz der Opfer internationaler bewaffneter Konflikte folgt eindeutig, dass die Bombardierung des Elektrizitätswerks in Gaza durch die israelische Armee, die Blockaden gegen die Zivilbevölkerung und die kollektiven Strafen **Kriegsverbrechen** sind.

Die israelische Offensive hat ein weiteres Prinzip des internationalen Rechts, das in diesem Protokoll entwickelt wird, verletzt: das der **Verhältnismäßigkeit**. Der Text legt fest, dass Angriffe „verboten sind, wenn zu erwarten ist, dass es dadurch Verletzte bzw. Tote in der Zivilbevölkerung gibt oder noch wenn Schäden an den Gütern der Zivilbevölkerung zu erwarten sind, die im Verhältnis zum angestrebten konkreten und direkten militärischen Vorteil viel zu hoch wären.“ (2) Wer kann auch nur einen Augenblick meinen, dass das behauptete Ziel – die Rettung eines Soldaten – diese zahlreichen Zerstörungen gerechtfertigt?

Im Gegensatz zu den Behauptungen von mehreren französischen Zeitungen – unter ihnen Libération (3) – **hat Israel schon mehrfach über den Austausch von Gefangenen verhandelt:** 1985 wurden 1150 palästinensische Gefangene freigelassen, um die Rückgabe von drei Soldaten zu erreichen, die von der Volksfront zur Befreiung Palästinas“ (PFLP-GC) gefangen genommen worden waren. Und 2004 wurden im Rahmen eines ähnlichen Abkommens mit der libanesischen Hisbollah 400 palästinensische Gefangene gegen einen israelischen Offizier und die Überreste von drei getöteten Soldaten ausgetauscht. Wären Verhandlungen denn nicht besser geeignet, die Freilassung von Gilad Shalit zu veranlassen, als diese militärischen Operationen, die womöglich zum Tod der Geisel führen werden?

Im Editorial der israelischen Tageszeitung Haaretz konnte man am 30.Juni lesen: *„Brücken bombardieren, die man zu Fuß oder mit einem Wagen umgehen kann; einen vor Jahren zerstörten Flughafen unter seiner Kontrolle zu bringen; ein Elektrizitätskraftwerk zerstören, und damit große Teile von Gaza in der Dunkelheit lassen; Flugblätter verteilen, in denen der Bevölkerung erklärt wird, man würde sich um ihr Schicksal kümmern; den Präsidentenpalast überfliegen und gewählten Mitglieder der Hamas verhaften. Will uns die Regierung weismachen, dass dies alles nur für die Befreiung des Soldaten Gilad Shalit durchgeführt wurde!“* Der Kommentator fährt fort: *„Olmert müsste es doch wissen, dass die Festnahme von Führern nur dazu beiträgt, sie und ihre Anhänger zu stärken. Aber es handelt sich nicht nur um eine vorgeschobene Begründung: **Menschen festnehmen, um sie als Tauschobjekt zu benutzen ist die Handlung einer Gang, nicht eines Staates.“***(4)

Israelische Medien haben es enthüllt: Diese Offensive, dazu gehört auch die Festnahme der wichtigsten Verantwortlichen der Hamas - in erster Linie gewählte Abgeordneten und Minister –, wurde **schon seit langem geplant.** Aus welchen Gründen? Es geht darum, nicht nur die palästinensische Regierung, die nach den Wahlen von Januar 2006 gebildet wurde, sondern **jegliche palästinensische Vertretung aus dem Weg zu räumen.** Das ist die Logik des „Rückzugsplans“, den Sharon beschlossen hatte und den Olmert fortführt: Behaupten, dass es keinen palästinensischen Gesprächspartner gibt, **um einseitig die Grenzen Israels bestimmen zu können**.

Diese Strategie ist nicht erst nach dem Sieg der Hamas entstanden: Im Jahre 2005, als Mahmoud Abbas an der Spitze der Autonomiebehörde war und mit einer Fatah-Mehrheit regierte, hat der Premierminister Sharon systematisch **jegliche Verhandlungen mit ihm abgelehnt** und hat trotz des Beschlusses des internationalen Gerichtshofs **den Bau der Mauer fortgeführt**. Mit dieser Entscheidung für den **Unilateralismus** werden die Errungenschaft der Osloer Verträge widerrufen: Die Überzeugung, die durch das am 9. September 1993 unterzeichnete Dokument der gegenseitigen Anerkennung zwischen Israel und der PLO bestätigt wurde, dass die Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts in bilateralen Verhandlungen zwischen dem israelischen Staat und der PLO liegt.

Den Sieg der Hamas bei den Wahlen im Januar 2006 (6) hat die israelische Regierung benutzt, um ihre Propaganda „Es gibt keinen palästinensischen Gesprächspartner“ zu verstärken. **Die USA und die EU** – mit Zustimmung Frankreichs (7) – haben der neuen palästinensischen Regierung drei Bedingungen gestellt: Anerkennung des Staates Israel, Verzicht auf jegliche bewaffnete Aktion, Anerkennung des Osloer Prozesses – und haben die direkte Hilfe suspendiert, was erheblich zu den Leiden der Bevölkerung beigetragen hat, die sich **schuldig** gemacht hatte, **„falsch gewählt“ zu haben**. Wie groß ist hingegen die **Gefälligkeit gegenüber einer israelischen Regierung**, die sich weigert, das Recht der Palästinenser auf einen unabhängigen Staat in den 1967 besetzten Gebieten anzuerkennen, die den Terrorismus gegen die Zivilbevölkerung einsetzt und alle Verpflichtungen aus den Osloer Verträgen widerruft! Frau Benita Ferrero-Waldner, EU-Kommissarin für Außenbeziehungen, hat sogar den Unilateralismus der israelischen Regierung als „mutige Entscheidung“ begrüßt.

Wahrscheinlich nicht zufällig wurde die aktuelle Offensive zu einer Zeit begonnen, wo gerade alle palästinensischen Organisationen – mit Ausnahme vom Islamischen Jihad - eine gemeinsame Erklärung unterschrieben hatten (8), die die Errichtung des unabhängigen palästinensischen Staates in allen 1967 besetzten Gebieten, mit Ostjerusalem als Hauptstadt vorsieht – eine Erklärung, die also faktisch Israel anerkennt. Diese neue Friedensperspektive hat die israelische Regierung aufhalten wollen. **Das war genauso im Jahre 2002,** als der arabische Gipfel in Beirut einen Plan verabschiedet hatte, der die Anerkennung des Staates Israel im Tausch gegen die Bildung eines palästinensischen Staates vorsah. Die Regierung Sharons hatte einen Selbstmordanschlag zum Vorwand genommen, um eine umfassende Offensive gegen die besetzten Gebiete zu starten.

Der romantische Name „Sommerregen“ für die israelische Offensive bestätigt jedoch das Scheitern des Unilateralismus: Der Rückzug der israelischen Armee aus

Gaza kann nicht zum Frieden führen, wenn keine Verhandlungen mit den Palästinensern geführt werden. Was die Westbank angeht, wo die Verstrickung der israelischen Siedlungen und der palästinensischen Bevölkerung stark ist, wird jeglicher unilateraler Rückzug nur zu neuen Gewalttaten führen.

(1) http://www.unhchr.ch/html/menu3/b/93.htm, Übersetzung in: www.admin.ch/ch/d/sr/i5/0.518.521.de.pdf

(2) « Principe de proportionnalité », in Crimes de guerre. Ce que nous devons savoir, Autrement, Paris, 2002.

(3) Libération, 29 juin 2006.

(4) « The government is losing its reason », Haaretz, 30 juin 2006.

(5) www.monde-diplomatique.fr/cahier/proche-orient/

(6) « Le Hamas à l'épreuve du pouvoir », par Wendy Kristianasen, Le Monde diplomatique, juin 2006 ; «Hamas besieged » und «Honestly, only in Palestine», Le Monde diplomatique - English edition, June 2006.

(7) "Fatigue" au Quai d'Orsay, misère à Gaza », Le Monde diplomatique, juin 2006.

(8) «The Prisoners' National Conciliation Document », Palestine Center, 28 juin 2006 http://www.thejerusalemfund.org/images/informationbrief.php?ID=166

Franz.Originaltext: http://www.monde-diplomatique.fr/carnet/2006-06-30-Palestine

EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

Nahost: Schweiz ruft Israel zur Wahrung des humanitären Völkerrechts auf, 03.07.2006

Das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) ist zutiefst besorgt über die jüngste Eskalation der Gewalt im Nahen Osten und deren humanitäre Folgen. Bei seinem militärischen Einsatz zur Befreiung eines gefangenen Soldaten muss Israel als Besatzungsmacht das humanitäre Völkerrecht unbedingt respektieren. Um die Zivilbevölkerung im Gazastreifen mit lebenswichtigen medizinischen Gütern zu versorgen, hat die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) des EDA zusätzlich eine Million Franken gesprochen.

Mit der Zerstörung des Amtssitzes von Premierminister Haniya hat die jüngste Eskalation der Gewalt im Nahen Osten einen neuen Höhepunkt erreicht. Das EDA ist zutiefst besorgt über diese Entwicklung und appelliert erneut an Israel als Besatzungsmacht, bei den Massnahmen zur Befreiung des gefangenen Soldaten das humanitäre Völkerrecht zu respektieren. Diejenigen, die den Soldaten in ihrer Gewalt haben, ruft es auf, ihn mit Menschlichkeit zu behandeln.

Verschiedene Aktionen der israelischen Armee im Zuge ihrer Offensive gegen den Gaza-Streifen verletzen den Grundsatz der Verhältnismässigkeit und stellen eine verbotene kollektive Bestrafung der Bevölkerung dar. Für das EDA besteht kein Zweifel: Israel hat die völkerrechtlich erforderlichen Vorsichtsmassnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung und der zivilen Infrastruktur nicht getroffen. Die Zerstörung eines Elektrizitätswerks, der Angriff auf den Amtsitz des palästinensischen Premierministers, die willkürliche Festnahme einer grossen Zahl demokratisch gewählter Volksvertreter und Minister sowie der Entzug des Residenzrechts dreier Parlamentarier und eines Ministers in Ostjerusalem sind nicht zu rechtfertigen. Angriffe auf zivile Objekte sind völkerrechtlich verboten. Das EDA fordert von Israel, keine zivilen Objekte mehr anzugreifen, den Schutz der Zivilbevölkerung sicherzustellen und die festgenommenen Volksvertreter freizulassen, soweit nicht konkrete Vorwürfe im Einzelfall die Festnahme rechtsstaatlich einwandfrei rechtfertigen.

Humanitäre Folgen

Das Elektrizitätswerk, das die israelischen Streitkräfte am 28. Juni zerstört haben, versorgte 43 Prozent des Gaza-Streifens mit Strom. 700'000 Menschen sind von den Stromunterbrüchen betroffen. Stark beeinträchtigt ist dadurch auch die Wasserversorgung, da nicht mehr alle Pumpen funktionieren und es überdies an Benzin und Brennstoffen mangelt. Es wird einige Zeit dauern, das Elektrizitätswerk wiederherzustellen, wobei dies nur möglich ist, wenn die nötigen Ersatzteile in den Gaza-Streifen geliefert werden können.

Besorgniserregend ist die Lage in den Spitälern und Gesundheitszentren, die nicht mehr genügend Wasser und ebenfalls zu wenig Brennstoff für ihre Generatoren haben. Der Transport von Gütern und Personen ist kaum noch möglich. Der Bevölkerung fehlt es an frischen Produkten, Fleisch und Milchprodukten, die in den Lagern verderben. Die Öffnung des für den Güterumschlag wichtigen Übergangs Karni ist für die Lebensmittelversorgung ununmgänglich.

Im Juni 2006 bewilligte die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) bereits eine Million Franken zum Kauf von Medikamenten. Nun wurde eine zweite Million gesprochen, um die Bevölkerung mit lebenswichtigen Gütern zu versorgen. Ein Experte befindet sich vor Ort und sichert die Abwicklung der humanitären Operationen.
Letzte Woche empfing das EDA die Vertreter beider Seiten und forderte sie zur Beachtung der Regeln des humanitären Völkerrechtes auf. Dabei setzte es sich auch für die rasche Freilassung des gefangenen israelischen Soldaten ein, die einen wichtigen Beitrag zur Beruhigung der Situation darstellen würde.

Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten
http://www.eda.admin.ch/eda/g/home/singlem.html?id=5978

Palästinensische Gemeinde Deutschland Hannover e.V.
Aufruf an die internationale Gemeinschaft, Juni 2006

Tödlicher „Sommerregen“ für das palästinensische Volk

Am 25.06.2006 haben die palästinensischen Al-Quassam-Brigaden einen israelischen Soldaten entführt. Er ist die zweite Geisel seit dem Abzug der israelischen Truppen aus dem Gaza-Streifen im September 2005. Die Israelis hingegen halten ihrerseits mehr als 12.000 Palästinenser gefangen, davon Hunderte seit mehr als 25 Jahren. Unter ihnen befinden sich ca. 450 Kinder unter 18 Jahren sowie 130 Frauen.
Aufgrund der Entführung eines einzelnen Soldaten hat Israels Armee in der Nacht zu Donnerstag im Westjordanland insgesamt 64 Palästinenser festgenommen, darunter 8 Minister, das ist ein Drittel der vom Volk gewählten Regierung. Auch wurden weitere 23 gewählte Parlamentsmitglieder inhaftiert.
Eine Freilassung ist nach Auskunft der israelischen Armee nicht zu erwarten, die Gefangenen werden derzeit vom Geheimdienst und der Polizei verhört.
Zudem rückten israelische Panzer in den Gaza-Streifen vor und israelische Kampfflugzeuge haben die Universität von Gaza unter Beschuss genommen.

Diese Militäraktion ist ein offener Krieg nicht nur gegen die palästinensische Regierung, sondern vor allem auch gegen das notleidende Volk. Einziges Ziel der Israelis und dieser Militäraktionen ist es, die vom Volk gewählte Regierung der Palästinenser zu zerstören.

Nach jahrelangen Enttäuschungen und leeren Versprechungen war die Wahl der Hamas vor allem ein Hilfeschrei der Bevölkerung gegen das Fortbestehen der israelischen Besatzung, der Willkür und der daraus resultierenden wirtschaftlichen Not.
Der Wunsch der Israelis nach Zerschlagung der Hamas-Regierung darf sich nicht in todbringenden militärischen Aktionen gegen die palästinensische Zivilbevölkerung widerspiegeln.

Wir rufen daher die internationale Staatengemeinschaft auf, ihre Verantwortung gemäß der Vierten Genfer Konvention wahrzunehmen und das palästinensische Volk vor den militärischen Übergriffen der Israelis zu schützen, zu unterstützen und insbesondere die vorhandenen Bemühungen zur Eindämmung der humanitären und wirtschaftlichen Krise des palästinensischen Volkes zu verstärken

European Jews for a Just Peace (EJJP) • International Solidarity Movement (ISM)
Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost (EJJP – Berlin), Juni 2006
Israels Krieg gegen die Palästinenser: Verachtung des Internationalem Rechts und der Menschenrechte

Nachdem Israel seit Jahrzehnten systematisch jegliches Recht bricht, greifen Palästinenser zur Entführung eines israelischen Soldaten als Mittel des Widerstands, um Frauen und Kinder unter den Tausenden der von Israel gekidnappten und seit Jahren gefangen gehaltener Palästinenser freizubekommen. Daraufhin greifen 5000 Soldaten mit Panzern und Kampfflugzeugen die Zivilbevölkerung im Gazastreifen an
Israelische Sonderkommandos fielen in der Westbank ein, um Mitglieder der Hamas, darunter Minister, Bürgermeister und gewählte Parlamentarier zu kidnappen.
Die israelische Armee zerstört beim Gaza-Einmarsch zuerst zentrale Teile der Infrastruktur - darunter drei Brücken und das wichtigste Kraftwerk. Hunderttausende Palästinenser sind seitdem ohne Strom, auch die Wasserversorgung ist zusammengebrochen. Mit diesen Methoden, nicht durch Verhandlungen über die berechtigte Forderung nach Freilassung der palästinensischen Gefangenen, soll das Leben des israelischen Soldaten gerettet werden? Tatsächlich wird durch die Zerstörungen die Salahadin-Brücke im Gazastreifen verhindert, dass Krankenwagen und Feuerwehrfahrzeuge dahin gelangen können, wo sie gebraucht werden.
In Rafah flohen Palästinenser in ihrer Angst vor israelischen Bombardements aus ihren Häusern. Bewaffnete Gruppen mühten sich, Sandwälle aufzuschütten und Gräben auszuheben, um der Militärinvasion etwas entgegenzusetzen. Israels Minister für Innere Sicherheit, Avi Dichter, drohte derweil damit, auch Syrien anzugreifen. »Die Hauptquartiere von Hamas und Islamischem Dschihad und ihre Chefs sind in Damaskus, und die Syrer wissen genau, wo«, sagte er. »Das gibt Israel freie Hand, diese Mörder zu treffen.«
Tatsächlich hat Israel »carte blanche«. Die großen Nachrichtenagenturen und Internetmedien sind nach Kräften bemüht, so zu tun, als gäbe es im Nahen Osten keinen neuen Krieg. AP titelte in Anlehnung an einen populären Fußballhit »Israelische Bodentruppen kehren in den Gazastreifen zurück«, Spiegel online rechtfertigte die Aggression direkt: »Dem Judenstaat bleibt nichts anderes, als Härte zu zeigen.« Beim ARD-Portal tagesschau.de durfte der israelische Politikwissenschaftler Efraim Inbar ausführen, der Einmarsch im Gazastreifen sei lange geplant und »überfällig« gewesen.
Israels neuerliche Invasion begann rund 14 Stunden, nachdem die Agenturen die Eilmeldung verbreitet hatten, die großen palästinensischen Parteien - einschließlich der regierenden Hamas - seien zur Anerkennung Israels bereit.
Israel erkennt das Existenzrecht der Palästinenser nicht an und setzt, ungehindert durch internationale Institutionen sowie selbst Regierungen, das Recht des Stärkeren gegenüber einer Bevölkerung durch, die der Gewalt schutzlos ausgesetzt ist.
Die Bundesregierung unterstützt diese Politik maßgeblich, anstatt Israel zur Einhaltung des Völkerrechts zu ermahnen.
Die Verachtung von Menschenrechten und Humanität, die der Weltöffentlichkeit von der israelischen Regierung und Armee in den besetzten palästinensischen Gebieten tagtäglich vorgeführt wird, hat ein Maß erreicht, das kein Schweigen mehr zulässt.

Wegschauen, Schweigen, stilles oder halblautes Dulden,
•heißt hinzunehmen, dass Recht und Gerechtigkeit mit Füßen getreten werden
•heißt hinzunehmen, dass wehrlose Menschen drangsaliert, umgebracht und gefangen genommen werden,
•heißt hinzunehmen, dass eine ganze Gesellschaft mit den Mitteln von Macht und Gewalt terrorisiert wird,
•heißt hinzunehmen, dass die Geschicke in Politik und Gesellschaft durch Herrschaft und militärische Stärke bestimmt werden.
Nicht nur in Palästina, auch andernorts auf dem Globus.
Nicht nur in Palästina, auch in Israel,
Nicht nur in Palästina, auch im gesamten Nahen und Mittleren Osten, auch in Amerika, in Europa und hier in der Bundesrepublik Deutschland.

Deshalb rufen wir Sie auf:
Protestieren Sie mit uns lautstark gegen die Ausschreitungen der israelischen Armee in den besetzten palästinensischen Gebieten!
Stehen Sie auf, gegen Terror und Gewalt dort!
Setzen Sie sich für ein Ende der Besetzung Palästinas ein!
Schützen Sie die Menschenrechte und das Völkerrecht vor Terror und Gewalt!

Uri Avnery (Gush Shalom, Israel)

Israel-Lobby in den USA

Wer ist der Hund? Wer ist der Schwanz?

Präsident Bush z.B. hat sich von allen lang bestehenden amerikanischen Positionen, die unsern Konflikt betreffen, zurückgezogen. Er akzeptiert automatisch die Positionen unserer Regierung – egal wie sie aussehen. Fast alle amerikanischen Medien wollen nichts von palästinensischen und israelischen Friedensaktivisten wissen. Was die Professoren betrifft, so wissen fast alle, welche Seite ihres Brotes mit Butter bestrichen ist. Wenn trotz allem einer von ihnen den Mund zu öffnen wagt und etwas gegen die israelische Politik sagt – was alle paar Jahre einmal vorkommt – wird er unter einem Hagel von Verwünschungen begraben: ein Antisemit, ein Holocaustleugner, ein Neo-Nazi .

Gewöhnlich erzähle ich diese Geschichten nicht; denn es könnte der Verdacht aufkommen, ich sei paranoid.

Z.B. wurde ich vor 27 Jahren zu einer Vortragsreise in 30 amerikanische Universitäten eingeladen, einschließlich der berühmtesten wie Harvard, Yale, Princeton, MIT, Berkeley ...
Meine Gastgeberin war die Gesellschaft für Versöhnung (Fellowship of Reconciliation), eine geachtete nicht-jüdische Organisation; die Vorträge selbst wurden aber unter der Schirmherrschaft der jüdischen Bet-Hillel-Rabbiner gehalten.

Bei der Ankunft am New Yorker Flughafen wurde ich von einem der Organisatoren empfangen. „Da gibt es einen Haken“, sagte er mir, „29 Rabbiner haben Ihren Vortrag abgesagt.“

Am Ende fanden alle Vorträge statt, doch unter der Schirmherrschaft christlicher Geistlicher. Als wir zu dem einen Rabbiner kamen, der meinen Vortrag nicht abgesagt hatte, erzählte er mir das Geheimnis: die Vorträge waren durch einen vertraulichen Brief der Anti-Defamation Liga, der „Gedanken-Polizei“ des jüdischen Establishments, verboten worden. Der wichtigste Satz blieb mir im Gedächtnis: „zwar kann gesagt werden, dass Knessetabgeordneter Avnery ein Verräter ist, jedoch ...“

UND EINE ANDERE Geschichte aus dem realen Leben: ein Jahr später flog ich nach Washington DC, um die Zwei-Staaten-Lösung zu „verkaufen“, die zu jener Zeit als ausgefallene, wenn nicht gar als verrückte Idee betrachtet wurde. Im Laufe meines Besuches waren die Quäker so freundlich, eine Pressekonferenz für mich zu arrangieren.

Als ich ankam, war ich sehr erstaunt. Der Raum war proppenvoll; praktisch alle bedeutenden amerikanischen Medien waren vertreten. Viele kamen direkt von einer Pressekonferenz mit Golda Meir, die auch gerade in der Stadt weilte. Die Veranstaltung sollte wie üblich eine Stunde dauern, aber die Journalisten ließen mich nicht gehen. Sie bombardierten mich weitere zwei Stunden lang mit Fragen. Offensichtlich waren die Dinge, die ich zu sagen hatte, ganz neu und interessierte sie.
Nun war ich neugierig, wie das in den Medien berichtet werden würde. Und in der Tat war die Reaktion erstaunlich: nicht ein Wort erschien in irgendeiner Zeitung, auch nicht im Radio oder im Fernsehen. Nicht ein einziges Wort.
Nebenbei: vor drei Jahren hielt ich eine Pressekonferenz – diesmal auf dem Kapitol in Washington. Es war eine genaue Wiederholung des letzten Males: viele Reporter, ihr offensichtliches Interesse, die Fortsetzung der Konferenz über die angegebene Zeit hinaus – und kein einziges Wort in den Medien.

Ich könnte noch ein paar solcher Geschichten erzählen – aber das genügt. Ich erzähle sie nur im Zusammenhang mit dem Skandal, der kürzlich von zwei amerikanischen Professoren, Stephen Walt von Harward und John Mearsheimer der Universität Chikago verursacht wurde. Sie veröffentlichten ein Untersuchungspapier über den Einfluss der pro Israel Lobby in den USA.

In 80 Seiten – 40 davon Fußnoten und Quellenangaben – beweisen die beiden, dass die pro Israel Lobby eine ungehemmte Macht in der US-Hauptstadt ausübt, dass sie Mitglieder des Senates und des Abgeordnetenhauses terrorisiert, wie das Weiße Haus nach ihrer Flöte tanzt (falls ein Haus tatsächlich tanzen kann), dass die bedeutenden Medien ihren Befehlen gehorchen und dass selbst die Universitäten in Angst vor ihr leben.

Dieser Aufsatz verursachte einen Sturm. Und ich meine nicht die voraussagbaren wilden Angriffe der „Freunde Israels“ - die meisten Politiker, Journalisten und Professoren. Sie schleuderten die üblichen Anklagen gegen die beiden Professoren: sie seien Antisemiten, sie lassen „die Protokolle der Weisen von Zion“ wieder aufleben usw. Es gab etwas Paradoxes in diesen Angriffen, da sie nur die Argumente der Autoren bestätigten.

Die Debatte, die mich fasziniert, ist jedoch von anderer Art. Sie brach zwischen hochrangigen Intellektuellen aus, vom legendären Noam Chomsky, dem Guru der Linken in aller Welt (einschließlich Israels), bis zu den progressiven Internetseiten überall. Der Zankapfel war die **Schlussfolgerung** der Untersuchung: **die jüdisch-israelische Lobby beherrsche die US-Außenpolitik und unterwerfe sie israelischen Interessen – und zwar im krassen Widerspruch zu den nationalen Interessen der USA selbst**. Ein einschlägiger Fall: der amerikanische Angriff auf den Irak.

Chomsky und andere erhoben gegen diese Behauptung **Einspruch**. Sie leugneten nicht die tatsächlichen Erkenntnisse der beiden Professoren, sondern protestierten gegen ihre Schlussfolgerungen. Ihrer Ansicht nach lenken nicht die Pro-Israel-Lobby die amerikanische Politik, sondern die Interessen der **großen Aktiengesellschaften**, die das amerikanische Empire beherrschen und Israel für ihre eigenen selbstsüchtigen Ziele ausbeuten.

Einfach gesagt: wedelt der Hund mit seinem Schwanz, oder wedelt der Schwanz mit dem Hund?

Ich bin etwas nervös, mich in die Debatte solch berühmter Intellektueller einzumischen, aber ich fühle mich irgendwie trotzdem verpflichtet, meine Ansicht dazu zu äußern.

Ich will mit dem Juden beginnen, der zum Rabbi ging und sich über seinen Nachbarn beschwerte. „Du hast recht“,

erklärte der Rabbi. Dann kam der Nachbar und verurteilte die Klage. „Du hast recht," verkündete der Rabbi. „Aber wie ist das möglich?" rief seine Frau aus. „Es kann doch nur einer recht haben!" „Und du hast auch recht!" sagte der Rabbi.

Ich befinde mich in einer ähnlichen Situation. Ich denke, dass beide recht haben, (und hoffe damit, auch selbst Recht zu haben).

Die Erkenntnisse der beiden Professoren sind bis ins letzte Detail richtig. Jeder Senator und Kongressmann weiß, dass **Kritik an der israelischen Regierung** für ihn **politischer Selbstmord** bedeutet. Zwei von ihnen, ein Senator und ein Kongressmann, versuchten dies - und wurden politisch hingerichtet. Die jüdische Lobby wurde komplett gegen sie mobilisiert und jagte sie aus ihrem Amt. Dies geschah vor aller Augen, um ein öffentliches Beispiel zu geben. Wenn die israelische Regierung morgen ein Gesetz haben möchte, das die Zehn Gebote für ungültig erklärt, dann würden mindesten 95 Senatoren den Gesetzesentwurf unverzüglich unterschreiben.
Präsident **Bush** z.B. hat sich von allen lang bestehenden amerikanischen Positionen, die unsern Konflikt betreffen, zurückgezogen. Er **akzeptiert automatisch die Positionen unserer Regierung** – egal wie sie aussehen. Fast alle amerikanischen Medien wollen nichts von palästinensischen und israelischen Friedensaktivisten wissen. Was die Professoren betrifft, so wissen fast alle, welche Seite ihres Brotes mit Butter bestrichen ist. Wenn trotz allem einer von ihnen den Mund zu öffnen wagt und etwas gegen die israelische Politik sagt – was alle paar Jahre einmal vorkommt – wird er unter einem Hagel von Verwünschungen begraben: ein Antisemit, ein Holocaustleugner, ein Neo-Nazi .
Nebenbei gesagt, sind amerikanische Gäste in Israel, die wissen, dass es zu Hause verboten ist, über den Einfluss der jüdischen Lobby zu reden, sprachlos, wenn sie hören, dass hier die Lobby ihre Macht in Washington nicht verheimlicht, sondern offen damit angibt.

Die Frage ist deshalb nicht, ob die beiden Professoren mit ihren Untersuchungen recht haben, die Frage lautet eher, welche Schlussfolgerungen können aus ihnen gezogen werden?

Nehmen wir mal die **Irakaffäre**. Wer ist der Hund? Wer der Schwanz?

Die israelische Regierung betete um den Angriff, der für Israel die strategische Bedrohung des Irak zunichte gemacht hat. Amerika wurde von einer Gruppe Neo-Konservativer, fast alles Juden, die einen großen Einfluss auf das Weiße Haus haben, in den Krieg gestoßen. Früher waren einige von ihnen Berater von Binyamin Netanyahu gewesen

Oberflächlich betrachtet, ein klarer Fall. Die pro Israel Lobby drängte zum Krieg, **Israel profitiert am meisten davon**. Wenn der Krieg in einem Desaster für Amerika endet, dann wird sicher Israel die Schuld dafür gegeben.

Wirklich? Und wie ist es mit dem amerikanischen Ziel, ihre Hände auf die **Weltölreserven** zu legen, um die Weltwirtschaft zu beherrschen? Und mit dem Ziel, eine amerikanische Garnison im Zentrum der wichtigsten ölproduzierenden Region, über dem irakischen Öl, zu setzen - genau zwischen dem Öl Saudi Arabiens, des Irans und dem des Kaspischen Meeres? Wie ist es mit dem immensen Einfluss der großen Öl-Gesellschaften auf die der Bush–Familie? Was mit den großen multinationalen Aktiengesellschaften, deren hervorragendster Vertreter Dick Cheney ist, die hofften, Hunderte Milliarden Gewinn beim „Wiederaufbau des Irak" zu machen?

Die Lektion der Irakaffäre ist die, dass die amerikanisch-israelische Verbindung am stärksten ist, wenn es scheint, dass amerikanische und israelische Interessen übereinstimmen (ungeachtet, ob dies auf Dauer wirklich der Fall ist). **Die US benützen Israel, um den Nahen Osten zu beherrschen – Israel benützt die US, um Palästina zu beherrschen**.

Wenn aber etwas Außergewöhnliches geschieht, wie die Jonathan-Pollard-Spionage-Affäre oder der Verkauf eines israelischen Spionage-Flugzeugs an China, und sich so eine Kluft zwischen den Interessen beider Seiten öffnet, dann ist Amerika fähig, Israel zu ohrfeigen.

Die Amerikanisch-israelischen Beziehungen sind tatsächlich einzigartig. Es sieht so aus, als gäbe es keinen Präzedenzfall in der Geschichte. Es ist als hätte König Herodes Kaiser Augustus Befehle gegeben und bestimmt, wer Mitglied des römischen Senats werden soll.

Ich denke **nicht**, dass dieses Phänomen **allein durch wirtschaftliche Interessen** erklärt werden kann. Selbst die orthodoxesten Marxisten müssen anerkennen, dass dies auch eine geistige Dimension hat. Es ist kein Zufall, dass amerikanische (sowie auch britische) fundamentalistische Christen die zionistische Idee vor Theodor Herzl erfunden haben. Die evangelikale Lobby ist nicht weniger bedeutend im heutigen Washington als die jüdische. Nach ihrer Ideologie müssen Juden das ganze Heilige Land in Besitz nehmen, um die Wiederkunft Christi möglich zu machen und dann – was sie nicht laut verkünden - werden einige Juden Christen und der Rest wird in der Schlacht von Armageddon (heute Meggido im Norden Israels) vernichtet.

An der Basis des Phänomens liegt die unheimliche **Ähnlichkeit zwischen den beiden national-religiösen Geschichten**: der amerikanische Mythos und der israelische. In beiden haben Pioniere, die wegen ihrer Religion verfolgt wurden, die Küsten ihres „Verheißenen Landes" erreicht. Sie wurden gezwungen, sich gegen die „wilden" Einheimischen zu wehren, die sie ausrotten wollten. Sie „erlösten" das Land, brachten die Wüste zum Blühen, schufen mit Gottes Hilfe eine blühende, demokratische und moralisch hochstehende Gesellschaft.
Beide leben in einem Zustand der Leugnung und der **unbewussten Schuldgefühle** - drüben wegen des Genozids an den einheimischen Amerikanern und der entsetzlichen Sklaverei der Schwarzen - hier wegen der Entwurzelung des halben palästinensischen Volkes und der Unterdrückung der andern Hälfte. Hier wie dort glauben die Menschen an einen ewigen Krieg zwischen den Söhnen des Lichts und den Söhnen der Finsternis.

Jedenfalls ist die amerikanisch-israelische Symbiose ein zu einzigartiges und komplexes Phänomen, um sie als einfache Verschwörung zu beschreiben. Ich bin sicher, dass die beiden Professoren dies auch nicht so meinten.

Der Hund wedelt mit dem Schwanz und der Schwanz wedelt mit dem Hund. Sie wedeln sich gegenseitig.

(Aus dem Englischen: Ellen Rohlfs, und vom Verfasser autorisiert)
http://www.uri-avnery.de/magazin/artikel.php?artikel=298&type=&menuid=4&topmenu=4

Israelis und Palästinenser: Hand in Hand gegen die Mauer

»Wir demonstrieren gemeinsam mit Hamas«
Israelische Friedensaktivisten unterstützen die Proteste gegen den Mauerbau in Bilin. Ein Gespräch mit Yossi Bartal

F: Freitag für Freitag demonstrieren Palästinenser im Westjordanland in Bilin gegen den Bau der Mauer. Wie unterstützt die israelische Bewegung gegen die Besatzung die Proteste?



Akivisten aus ganz Israel – aus Tel Aviv, Jerusalem, manchmal Haifa – kommen mit Bussen zu den gewaltfreien Aktionen. Wir müssen uns in Bilin einschleichen, weil uns die Armee an den vielen Checkpoints aufzuhalten versucht. Hand in Hand mit den Palästinensern beteiligen wir uns an den Demonstrationen. Das wichtigste für uns ist, daß die israelischen Soldaten sehen, Israelis und Palästinenser marschieren gemeinsam – denn dann schießen sie etwas weniger. Bei Gerichtsprozessen haben Soldaten ausgesagt: »Zuerst versuchen wir, die israelischen Aktivisten zu verhaften, damit wir mit den Palästinensern fertig werden können, wie es uns paßt.« Wenn wir nicht dabei sind, können sie mit den Palästinensern alles machen.

F: Wie reagieren die israelischen Soldaten auf die israelische Präsenz?

Bei unseren ersten Aktionen als »Anarchisten gegen die Mauer« waren sie einfach schockiert. Aber jetzt, nach zwei, drei Jahren, haben sie sich an uns gewöhnt. Wenn wir in palästinensische Dörfer reingehen, hat die Armee bereits eine Routine. Sie versuchen, die Israelis – oder mindestens die »Rädelsführer«– zu verhaften.

F: Wer sind die Israelis, die in die Westbank fahren?

Der harte Kern besteht aus jungen Leuten zwischen 15 und 30 aus Tel Aviv und Jerusalem. Die meisten kommen aus der Mittel- und Oberschicht, wie es typisch ist für die israelische Linke. Wir haben die Gruppe »Anarchisten gegen die Mauer« ins Leben gerufen, obwohl mehr als die Hälfte politisch gesehen keine Anarchisten sind – den Namen haben wir von den rechten Medien Israels bekommen. Sich einer Protestaktion anzuschließen, ist sehr leicht. Man braucht nur in einen Bus zu steigen. Deshalb sieht man bei jeder Demonstration neue Gesichter.

F: Wie setzt sich der israelische Mainstream mit der Gruppe auseinander: Werden die Aktivisten als gefährliche Verräter oder verwirrte Jugendliche gesehen?

Sie setzen sich gar nicht so viel mit uns auseinander, wie mir lieb wäre. Sowieso sehen wir fast wie Mainstream aus: Viele Leute in der Gruppe sind Kinder von berühmten Schauspielern, von Parlamentsabgeordneten, von Filmregisseuren. Selbst die Tochter von Premierminister Ehud Olmert ist eine Aktivistin. Sie stehen den Medien sehr nahe, sprechen dieselbe Sprache. Wir treffen uns in den gleichen Cafés wie die Journalisten.

F: Gibt es denn nicht auch prominentere Israelis, die an den Demonstrationen teilnehmen, etwa Parlamentsabgeordnete?

Nicht wirklich. Die zionistische Linke hat an den Protesten nie teilgenommen. Eigentlich müßte sie den Kampf in Bilin unterstützen – dort ist die Mauer mehrere Kilometer hinter der Grünen Linie, und sie ist gegen eine Mauer hinter der Grünen Linie. Der Bau des Walls ist ein krasser Angriff auf die Palästinenser, doch nicht eine zionistische Gruppe ließ sich auf den Demos blicken, weder Peace Now noch Meretz.

F: Hat der Wahlsieg der Hamas es für Sie schwieriger gemacht, in der Westbank zu arbeiten?

Überhaupt nicht. In den vergangenen zwei Jahren waren immer Mitglieder der Hamas in Bilin und haben gemeinsam mit Israelis demonstriert. Das Dorf selbst steht unter Führung der Fatah und linker Gruppen. Die Demonstrationen sind gemeinsame israelisch-palästinensische Aktionen, das macht die arabische Presse ganz klar. Die Hamas kommt und sagt der Presse: »Wir demonstrieren zusammen mit allen, die gegen diese Mauer kämpfen wollen.« Selbst der Hamas-Vorsitzende in der Westbank erklärte: »Wir gehen Hand in Hand mit allen Israelis, die bereit sind, für einen gerechten Frieden zu kämpfen.«

F: Premier Ehud Olmert hat nun versprochen, bis 2008 Israels Grenzen festzulegen und sich aus der Westbank zurückzuziehen.

Wenn Israel Grenzen festlegt, kann man gar nicht von einem Rückzug aus der Westbank sprechen. Es wäre ein Rückzug zu den neuen Grenzen – zum Verlauf der Mauer, wobei 80 Prozent der Siedlungen auf der israelischen Seite bleiben würden. Bilin ist ein gutes Beispiel für die Ungerechtigkeit dieses Projektes. Die Mauer verläuft auf dem Land des Dorfes; fast die Hälfte des Bodens bleibt auf der israelischen Seite. Nur wenige Meter hinter der Mauer wird eine neue Siedlung gebaut.

Die Mauer annektiert nicht nur die bestehende Siedlungen, sondern auch Siedlungen, die noch in Planung sind. An vielen Stellen wird die Route der Mauer damit gerechtfertigt, daß in zwei Jahren eine Siedlung entstehen soll – die Mauer soll also israelische Zivilisten schützen, die noch gar nicht dort sind.

** Yossi Bartal ist Sprecher der israelisch-palästinensischen Nichtregierungsorganisation »Alternative Information Center« und aktiv bei den »Anarchisten gegen die Mauer« Der 19jährige lebt in einem Vorort von Jerusalem*

Interview: Wladek Flakin
http://www.jungewelt.de/2006/06-16/020.php

Für ein Verbot von Rüstungsexporten nach Israel

Adam Keller, "Gush Shalom" Tel Aviv:

"Die deutsche Bundesregierung sollte sich jetzt, gerade wegen ihrer historischen Verantwortung, für ein umfassendes Verbot von Rüstungsexporten nach Israel aussprechen. Solange, bis die Menschenrechtsverletzungen in Israel ein Ende finden. Das wäre keinesfalls eine anti-israelische Maßnahme, sondern ein großer Dienst, den man Israel erweisen würde, um uns von einer Politik abzubringen, die unsere Zukunft in diesem Land zerstört."

aus der Monitor-Sendung vom 14. Februar 2002(zitiert in www.friedensratschlag.de).

Rüdiger Göbel: Krieg kritisiert, Israel aufgerüstet

Berlin zeigt sich besorgt über Gaza-Invasion, sorgt aber gleichzeitig für reibungslosen Rüstungstransfer

http://www.jungewelt.de/2006/07-08/034.php

Israel wird von Deutschland für das Kriegführen gegen die Palästinenser zwar verhalten kritisiert, gleichzeitig aber auch hoch belohnt.

Offiziell warnte die Bundesregierung am Freitag einmal mehr vor einer weiteren Eskalation im Nahostkonflikt. Berlin versuche, an einer Stabilisierung der Situation im Gazastreifen und einer friedlichen Lösung mitzuwirken, bekräftigte Vizeregierungssprecher Thomas Steg in der Bundeshauptstadt. Sein Kollege im Außenamt Martin Jäger warnte gar, die humanitäre Lage vor Ort entwickle sich »in bedenklicher Weise«. Hehre Worte. Tags zuvor war in Berlin der Weg für millionenteure Rüstungslieferungen an die israelische Armee freigemacht worden.

Vertreter Israels und der HDW-Werft unterzeichneten am Donnerstag einen Vertrag über die Lieferung zweier hochmoderner U-Boote. Der Clou: Nach einer Finanzierungsvereinbarung wird ein Drittel der Gesamtkosten von rund einer Milliarde Euro vom deutschen Steuerzahler getragen. *»Das derzeitige brutale Vorgehen Israels gegen die gewählte Regierung und Bevölkerung in den palästinensischen Autonomiegebieten erschwert den Weg zu einer gerechten Friedenslösung im Nahen Osten. Dieses Verhalten darf nicht auch noch durch Waffenlieferungen belohnt werden«*, kritisierte der verteidigungspolitische Sprecher der Linksfraktion, Paul Schäfer, den Rüstungsdeal am Freitag. Die mit 330 Millionen Euro subventionierten U-Boote der Delphin-Klasse könnten zudem umgerüstet werden, so daß der unerklärte Nuklearwaffenstaat Israel auch atomar bestückte Marschflugkörper verschießen kann.

Die USA setzten im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen am Donnerstag (Ortszeit) alles daran, eine Verurteilung Israels zu verhindern. Angesichts dieser internationalen Protektion verwundert es nicht, daß die israelische Regierung den Krieg eskaliert. Israels Generalstabschef Dan Halutz zufolge wurden im Rahmen der am 27. Juni gestarteten Offensive »Sommerregen« bisher »etwa 40 Terroristen« getötet, 24 davon am Donnerstag.
Die israelische Friedensgruppe »Gush Shalom« rief in einem »Appell an Europa« auf, »sofort und tatkräftig gegen die bedrohliche israelisch-palästinensische Krise zu intervenieren«.

PALÄSTINA EINIGE LINKS:

Die Seite der palästinensischen Delegation in Deutschland:
http://www.palaestina.org

Aktuelle Infos, u.a. über die Aktionen weltweit, Hintergrundsinfos, Analysen und links:
http://www.globalresistance.de/index.php

Einige palästinensische und israelische Organisationen
www.pengon.org (Netzwerk der Palästinensischen Umwelt-NGOs)
http://english.wafa.ps/ (palestine news agency)
www.stopthewall.org (internationale Kampagne für den Abbau der Mauer in den pal. Gebieten)
http://www.almubadara.org/new/english.php
http://www.alternativenews.org (The Alternative Information Center, palästinensische-israelische Organisation)

http://www.refusersolidarity.net/default.asp
http://www.taayush.org
http://www.btselem.org
http://www.gush-shalom.org
http://www.ICAHD.org
http://www.jewishfriendspalestine.org

http://www.un.org
http://www.un.org/unrwa (UNO-Organisation für die palästinensischen Flüchtlinge)
http://www.france-palestine.org/
http://www.ism-london.org/

Artikel der attac Bewegung:
http://www.attac.de/globkrieg/texte.html#palaestina
http://www.attac.de/globkrieg/reader/index.htm
http://www.attac.de/aktuell/rundbriefe/sig/

Viele Infos auf Deutsch unter:
http://www.jvjp.ch
http://www.arendt-art.de/deutsch/palestina/index.html
http://www.zmag.de/thema.php?topic=4
http://www.freunde-palaestinas.de/
http://www.friedensratschlag.de
http://www.stopptdiemauer.de/
www.juedische-stimme.de

Fotos: insbesondere bei
http://stopthewall.org/news/photos.shtml
http://www.palaestina.org/images/bilder/mauer/mauer.php

Videos: http://stopthewall.org/news/video.shtml

Viele Karten unter:
http://stopthewall.org/news/maps.shtml
http://www.palaestina.org/landkarten/landkarten.php?name=landkarten
http://www.arendt-art.de/deutsch/palestina/texte/Karten.htm
http://www.passia.org/images/pal_facts_MAPS/WallWeb/index.htm
http://www.btselem.org/English/Maps/Index.asp

Frieder Wagner, Köln

«Tödlicher Staub» Die Katastrophe des «stillen Sterbens»

Am 15. Februar 2003, als in London die grosse Antikriegsdemo stattfand, hat Londons Oberbürgermeister **Ken Livingstone**, den die Bürger gern den «roten Ken» nennen, eine eindeutige Warnung ausgesprochen. Er sagte damals: *«Ein Überfall auf den Irak, ein illegaler Krieg, wird Sicherheit und Frieden weltweit gefährden.»* Er hat recht behalten.

Und **Eduardo Galeano**, der grosse uruguayische Schriftsteller und Journalist warnte noch früher: *«Der Terror von Kriegen wird immer wieder zu einem Krieg des Terrors führen.»* Auch das sehen wir heute überall und besonders im Irak bestätigt. Täglich hören und sehen wir in den Nachrichten neue Horrormeldungen über Tote und Verwundete. Experten gehen davon aus, dass es, seitdem George W. Bush am 1. Mai 2003 den Sieg über den Irak verkündet hat, im Irak auf beiden Seiten etwa 50 000 Tote durch Gewalt gegeben hat.

Was solche Berichte verschweigen und was man nie in den Nachrichten sieht und hört, sind die Toten, die ich «**die Toten des stillen Sterbens**» nenne. Denn was vielen nicht bekannt ist, ist die Tatsache, dass die USA und ihre Alliierten **den Irak mit sogenannten Uran-Waffen angegriffen** haben. An den Folgen dieses Einsatzes mit Uran-Munition sterben seitdem täglich Menschen, und es sind inzwischen weltweit viele Zehntausende. Das heisst, die Alliierten haben im Irak mit diesen Uran-Geschossen eine Waffe eingesetzt, die sich mehr und mehr als eine Massenvernichtungswaffe herausstellt.

Wenn Uran-Geschosse ihr Ziel treffen, verbrennt das in den Geschossen verwendete abgereicherte Uran zu winzigsten **Uranoxid-Partikelchen**. Und die **verseuchen** im Irak und überall dort, wo diese Waffen eingesetzt wurden, den Boden, die Luft und das Wasser. Eingeatmet kann dieses Uranoxid – das ist wissenschaftlich unstrittig – **Krebs und Leukämien** auslösen. Das **Immunsystem** bricht wie bei Aids zusammen. **Nieren und Leber** werden geschädigt. Diese Uranoxid-Partikelchen wandern aber auch mit dem Blut ins Gehirn und zu den Eizellen, und es kommt bei den Betroffenen zu Chromosomen-Brüchen. Das heisst, die Kinder dieser Menschen sind oft **missgebildet** und deren Kinder und Kindeskinder auch.

Bilder des Schreckens in irakischen Spitälern

Ich habe in den Kinderkrankenhäusern von Bagdad und Basra Bilder des Schreckens gesehen, die mich heute noch in meinen Träumen verfolgen: gerade geborene Babys, ohne Augen, ohne Nase, ohne Kopf, ohne Arme und Beine. Babys, deren Organe in einem Sack ausserhalb des Körpers angewachsen waren. Alle diese Babys starben nach wenigen Stunden oder Tagen.

Aus dem Irak haben wir Bodenproben, Wasserproben, Urinproben von Erkrankten, aber auch Staubproben und Gewebeproben mitgebracht. **Diese Proben waren zum Teil so hoch radioaktiv kontaminiert,** dass der Wissenschafter Dr. Axel Gerdes, der diese Proben in Frankfurt am Main im Mineralogischen Institut der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität mit einem hochempfindlichen Massenspektrometer analysiert hat, diese Proben zum Teil erst um das 1000fache verdünnen musste, um sie mit seinem hochempfindlichen Gerät überhaupt messen zu können. Bei all diesen Proben haben die Analysen ergeben, dass neben dem leicht radioaktiven Uran 238 **auch das aggressive Uran 236** enthalten war. Dieses Uran kommt in der Natur nicht vor, es entsteht in Atomkraftwerken in den Wiederaufbereitungsanlagen. Uran 236 ist ein höchst gefährliches Isotop, und ein US-Wissenschafter sagte mir sarkastisch: *Wenn die USA noch zwei solche Kriege mit Uran-Geschossen führen, wie die Irak-Kriege, dann sind sie fast all ihren Atommüll losgeworden.*

Missgeburten um das 20-fache gestiegen

Auf einem Schlachtfeld in der Nähe von Basra, bei Abu Khassib, haben wir **Panzerwracks** aus dem letzten Golf-Krieg gefunden, da haben wir an den Einschusslöchern, die die Uran-Geschosse hinterlassen haben, eine **Radioaktivität** gemessen, die war **über das 30 000-fache** höher als die normale Umweltstrahlung in der Bundesrepublik. Auf diesen Panzern spielten Kinder, und in diesen Panzern versuchten irakische Männer und Väter sogenanntes Edel- oder Buntmetall auszubauen, um es zu verkaufen und so an etwas Geld zu kommen. Wir haben diese Menschen eindringlich gewarnt, und ein 60jähriger Mann hat uns geantwortet: *«Ich bin Dichter und Schriftsteller, ich bin Doktor der Philosophie, ich habe schon alles verkauft, um meine Familie zu ernähren, jetzt muss ich hier in den Panzern diese Arbeit machen, damit meine Kinder nicht verhungern. Hört zu, was ich zu sagen habe: Der Irak hat sein Öl und seinen Reichtum immer gegen seine eigenen Kinder eingesetzt. Seht mich an, ich bin 60 Jahre, und was bin ich? Nichts – ich habe Angst! Nichts hier ist mehr sicher, und ich habe nur einen Wunsch: Die neue Regierung und die Alliierten sollten sich Gedanken machen um unser Volk, das jetzt am Boden liegt. Wir Iraker haben nie gute und sichere Zeiten erlebt, wir haben immer nur gelitten. Unser Land ist so reich an Öl, aber dieser Reichtum ist für uns zu einem Fluch geworden.»* Und tatsächlich: am Mutter-Kind-Krankenhaus in Basra sind allein die Missgeburten seit 1991 um das 20-fache gestiegen.

Krebsrate steigt auch in Ex-Jugoslawien

Bei meinen Dreharbeiten in Kosovo und in Belgrad sagte mir Dr. Radomir Kovacevic vom «Institut für Arbeitsmedizin und Strahlenschutz» in Belgrad, dass ihre neuesten Untersuchungen ergeben haben, dass die Emission gefährlicher Chemikalien im Grossraum Belgrad fast völlig zurückgegangen ist, weil die serbische Industrie in den letzten 10 Jahren durch den Krieg und durch Sanktionen fast völlig zusammengebrochen ist. Sie beobachten aber seit Tschernobyl, jetzt nach dem Einsatz der Uran-Munition durch die Nato im Kosovo-Krieg 1999 und Bosnien 1995, einen Anstieg der radioaktiven Belastung durch das Uran 238 in den eingesetzten Uran-Waffen. So sind in den letzten 5 Jahren auch dort die bösartigen Krebserkrankungen bei den Problemgruppen Kinder und alte Menschen um 9 Prozent drastisch angestiegen. Aber die Prognosen der serbischen Wissenschafter gehen davon aus, dass sich diese Zahl in den kommenden 10 Jahren auf mindestens 20 Prozent erhöhen wird.

Frau Dr. Jenan Hassan vom Kinderkrankenhaus in Basra hat mir mitgeteilt, dass nach der schweren Bombardierung durch mit Uran verstärkten, bunkerbrechenden Bomben auf Saddams Paläste in Bagdad jetzt auch dort die **Leukämieerkrankungen** von Kindern stark zugenommen haben. An ihrem eigenen Krankenhaus sterben von den an Leukämie erkrankten Kindern heute immer noch 80%, weil Medikamente für eine Chemotherapie fehlen. An ihrem Krankenhaus spielen sich seit dem Einsatz dieser Waffen immer wieder furchtbare Tragödien ab. So hat zum Beispiel ein Soldat, der an der grossen Panzerschlacht um Basra teilgenommen hat, nach dem Krieg von seiner Frau zwei Kinder bekommen, beide waren schwer missgebildet. Der Mann hat deshalb seine Frau verstossen und eine andere Frau geheiratet. Als auch sie ihm ein Kind schenkte, war es genauso schwer missgebildet. Da erkannte der ehemalige Soldat, dass er der Verursacher der Missbildungen seiner Kinder sein musste, und hat sich erschossen.

Stürme verteilen Uranoxid-Partikel über riesige Distanzen

Ich möchte hier noch auf etwas hinweisen, was bisher nie publiziert worden ist: Ein mir bekannter Arzt, Dr. Michael Kreuscher,

ist von irakischen Ärzten darüber informiert worden, dass es in der nordirakischen, kurdischen Stadt Arbil seit 2003 zu einem ungewöhnlichen Anstieg von Leukämiefällen bei Kindern und Kleinkindern gekommen ist, und zwar von einer Art, die sonst nur bei alten Menschen vorkommt. Ich habe ihm dann meinen Film über die Folgen der Uran-Munition gezeigt, und er hat mir gesagt, dass in Arbil und Umgebung nie Uran-Geschosse zum Einsatz gekommen sind. Wir vereinbarten deshalb, dass er von seinem nächsten Besuch in Arbil sowohl Bodenproben, aber auch Urinproben der erkrankten Kinder, den Staub aus dem Luftfilter seines Autos, das er dort gefahren hat und Organproben von geschlachteten Kühen aus Arbil mitbringen sollte.
Im Herbst letzten Jahres konnte er alle diese Proben tatsächlich mitbringen. Sie wurden wieder von Dr. Axel Gerdes vom Mineralogischen Institut der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt am Main massenspektrometrisch untersucht. Das Ergebnis hat uns alle entsetzt:
Sämtliche Proben hatten hohe Konzentrationen von Uran 238 mit einem ungewöhnlich hohen Anteil von Uran 236. Verschiedene Proben, zum Beispiel der Staub aus dem Luftfilter des Autos, das der Arzt dort gefahren hat, waren sogar um das 3000-fache höher kontaminiert als unsere höchsten Werte von den Schlachtfeldern von Basra. Wie konnte das sein, wenn doch dort nie ein Uran-Geschoss zum Einsatz gekommen war?
Die Erklärung war relativ einfach, und Dr. Kreuscher hat sie von einem Meteorologen vor Ort bekommen: Es gibt im Irak häufig heftige Stürme, die sogar Orkanstärke erreichen können, die sogenannten «desert storms», die von Basra kommend über Bagdad hinweg nach Norden ziehen. Vor den hohen Gebirgen zur Türkei werden sie gebremst, verlieren ihre Kraft und verwirbeln in der Region über Arbil. Alles was diese Stürme mitgebracht haben, fällt dann nach und nach im weiten Umkreis von Arbil zu Boden, auch die Uranoxid-Partikelchen, die die Stürme von den ausgetrockneten, staubigen und kontaminierten Böden Basras und Bagdads mitgebracht haben. [Basra–Arbil: 500 km, Anm. der Red.]

Uranoxid-Staubteilchen sind winzig und lungengängig

Man kann heute mittels eines sogenannten Isotopen-Fingerprints feststellen, woher dieses Uran 238 und 236 kommt. Man kann nachweisen, ob es aus dem Reaktor von Tschernobyl stammt, aus der Munition der Uran-Geschosse der Amerikaner und Briten im Irak oder aus einer anderen Gegend. Um die Aussage treffen zu können – stammt das, was in Arbil gemessen wurde, tatsächlich aus der Munition aus abgereichertem Uran im Süden des Irak –, haben Dr. Kreuscher und Dr. Gerdes die vorgefundenen Isotopenprints der erkrankten Kinder in Arbil mit denen der Proben aus Basra und dazu denen der Isotopentprints aus dem Urin der Golf-Kriegsveteranen aus dem Südirak verglichen. Und siehe da: Diese Isotopenprints waren alle identisch mit den Uran-Isotopenprints im Urin der an Leukämie erkrankten Kinder in Arbil!

Viele Wissenschafter, die die Uranbelastung verharmlosen, argumentieren immer wieder damit, dass das natürlich vorkommende Uran ja noch sehr viel höher strahlt als das, was wir jetzt als abgereicherten Uranstaub in der Umwelt messen. Der wesentliche Fakt aber für die krankmachende Wirkung des abgereicherten Urans ist der Feinststaub, der entsteht, wenn Geschosse ihr Ziel treffen und zu winzigsten Uranoxid-Staubteilchen verbrennen, die lungengängig sind, und zwar so winzig und lungengängig, dass sie bis in die Lungenbläschen aufgenommen werden und dann in den Körper gelangen, wo sie ihre krankmachende Wirkung entfalten.

Dr. Michael Kreuscher wollte beweisen, dass dieses Uran tatsächlich auch in den Körper eintritt und dort verbleibt. Er hat darum von zwei Rindern, die ausschliesslich im Raum Arbil gross geworden sind, mehrere Gewebeproben mitgebracht und diese bei Dr. Axel Gerdes auf Isotope von abgereichertem Uran untersuchen lassen. Und siehe da, gerade die Primärorgane Lunge, Lymphknoten, Herz, Leber und Knochenmark waren hochgradig belastet. Somit haben diese beiden Wissenschafter erstmalig den Beweis erbracht, dass abgereichertes Uran in winzigsten Kleinstpartikeln in den Körper aufgenommen wird und dann zu todbringenden Krankheiten führen kann – und das in einer Region, in der gar keine Uran-Munition zum Einsatz gekommen war.

Regressforderungen von den Betroffenen in Milliardenhöhe

In diesem Zusammenhang sagte mir Prof. Dr. Asaf Durakovic, der Gründer des unabhängigen «Uranium Medical Research Center» in Kanada, der viele Golf-Kriegsveteranen untersucht und behandelt hat, in einem Interview: *«Sie fragen mich, was jetzt mit der Zivilbevölkerung im Irak passiert? Glauben Sie, irgendjemand kümmert sich um die Bevölkerung im Irak, wenn schon niemanden das Schicksal der eigenen Soldaten interessiert! Man müsste im Irak zur Dekontamination Milliarden von Dollars investieren! Basra zu säubern, würde 200 Milliarden Dollar pro Jahr kosten! Und nur um die Brücken über den Euphrat in Bagdad zu dekontaminieren, benötigt man Milliarden. Und was zum Beispiel für die Erkrankungen der Veteranen der USA, Kanadas und Grossbritanniens gilt, muss man jetzt um das 1000-fache erhöhen, was die irakische Bevölkerung betrifft. Und es wurde von diesen Regierungen alles nur Erdenkliche unternommen, diese Informationen zu unterdrücken. Diese Regierungen leugnen bis heute einen Zusammenhang zwischen der Uran-Munition und den Krebserkrankungen ihrer Soldaten. Der Grund ist die Angst vor Regressforderungen der Betroffenen in Milliardenhöhe.»*
Was ist zu tun? Es müssen dringendst weitere Forschungen unternommen werden, es muss vor allen Dingen in den Anrainerstaaten Iran, Syrien, Saudi-Arabien Gleiches untersucht werden, um festzustellen, ob diese Süd-Nord-Winde, vielleicht als Südwest- oder Südostwinde vom Irak ausgehend, den tödlichen Staub auch in diese Länder getragen haben und damit die Bevölkerung dort auch verseucht würde.

Einsatz von Uran-Munition ist ein Kriegsverbrechen!

Und es sollte alles getan werden, diese schrecklichen Uran-Geschosse und diejenigen, die sie anwenden, zu ächten. Denn der Einsatz dieser Waffe ist ein Kriegsverbrechen. Sie ist radioaktiv und hochgiftig. Und Giftwaffen sind nach dem Kriegsrecht seit Jahrzehnten verboten. Wenn der Einsatz der Uran-Munition aber ein Kriegsverbrechen ist, dann gehören ihre Anwender vor ein Kriegsverbrecher-Tribunal wie in Den Haag.
Vielleicht sollten wir uns an den Müttern von der Plaza de Mayo in Buenos Aires ein Beispiel nehmen: Seit 1977 treffen sich diese Mütter mit den weissen Kopftüchern jeden Donnerstag auf der Plaza de Mayo und drehen dort ihre Runden, um auf die Verbrechen der Militärdiktatur aufmerksam zu machen, auf den Mord an 30 000 «Verschwundenen». Diese Mütter haben inzwischen gesiegt. Der jetzige argentinische Präsident Hector Kirchner hat die Amnestiegesetze zugunsten der Militärs aufgehoben: Sie können nun alle für ihre Verbrechen vor Gericht gestellt werden. Vielleicht sollten wir uns, überall auf der Welt, Orte suchen, wo wir uns wöchentlich zu einer Mahnwache gegen den Krieg und jede atomare Bedrohung treffen. Wir drehen, wie diese Mütter, zur Mahnung gemeinsam ein paar Runden, wir informieren uns gegenseitig und tauschen Erfahrungen aus. Denn wir dürfen eines nicht vergessen: die bedrohlichen Reste dieser Uran-Geschosse bedrohen und verseuchen die Erde unserer Kinder überall dort, wo sie zum Einsatz kamen und wo dieser Todesstaub hingetragen wird für 4,5 Milliarden Jahre …
http://www.zeit-fragen.ch/ausgaben/2006/nr-25-vom-2062006/toedlicher-staub/
Der Film von Frieder Wagner «Der Arzt und die verstrahlten Kinder von Basra» ist erhältlich bei: ochowa-film@t-online.de

---

Samir Amin und François Houtart

Drei Herausforderungen für die Weltsozialforen

Le Monde Diplomatique, Mai 2006

Die Weltsozialforen wie auch die kontinentalen, nationalen bzw. thematisch ausgerichteten Sozialforen sind Orte der Begegnung und des Austauschs für alle, die im Sinne der Grundsatzcharta von Porto Alegre, Brasilien (1) "gegen den Neoliberalismus und die Weltherrschaft des Kapitals sowie gegen alle Formen des Imperialismus Widerstand leisten und sich für die Schaffung einer Weltgesellschaft einsetzen, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt".

Ein Vierteljahrhundert nach der Erarbeitung des "Washington-Konsensus" und sechzehn Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer konzentrieren sich die verschiedenen Formen des wachsenden Widerstandes auf den Protest gegen die großen weltpolitischen Entscheidungszentren wie die Welthandelsorganisation (WTO), die Weltbank, den Internationalen Weltwährungsfonds (IWF), die G 8, die Europäische Gipfelkonferenzen, die Gipfel von Nord- und Südamerika und die Weltwirtschaftstreffen in Davos. Begonnen hatten die Proteste im Dezember 1999 in Seattle. Seit dem 1. Weltsozialforum im Januar 2001 in Porto Alegre (2) wird der Widerstand auch auf interkontinentaler Ebene koordiniert.
Das WSF hatte übrigens Vorläufer. Wir erwähnen hier die „Peoples Power 21“ (Volksmacht für das 21. Jahrhundert), in der sich asiatische Bewegungen und NGOs zusammengeschlossen hatten; die „Intergalaktische Begegnung“ der Zapatisten in Chiapas (1996) und „Das Andere Davos“, das parallel zum „echten“ Davos im Januar 1999 in Zürich abgehalten wurde.

Die **neoliberale Phase des Kapitalismus**, auf die sich die Charta von Porto Alegre bezieht, entwickelte sich aus der Krise der 1970er-Jahre, in deren Verlauf **drei Pfeiler** der Weltwirtschaft **zusammenbrachen**: das **keynesianische** Modell der Kooperation von Kapital, Arbeit und Staat; der so genannte **reale Sozialismus** und das **Bandung-Modell**, also das Modell der nationalen Entwicklung, das sich in vielen Ländern der Dritten Welt durchgesetzt hatte.
Diese neue Phase ist gekennzeichnet durch die weltweite **Intensivierung** dessen, was Karl Marx als die Unterjochung der Arbeit durch das Kapital im Produktionsprozess bezeichnet hat. Doch weil die große Mehrheit der Weltbevölkerung nicht zu den LohnempfängerInnen gehört, erfolgt die **Ausweitung dieser Unterjochung** auf alle gesellschaftlichen Gruppen (Kleinbauern, Frauen, indigene Völker, Mittelschichten, Beschäftigte im informellen Sektor usw.) auf anderem Wege als über die Entlohnung. Zum Beispiel mittels **finanzieller** Mechanismen wie Schuldenrückzahlung und Ausnützung von Steuerparadiesen. Oder mit **juristischen** Mitteln wie Auflagen des IWF, der Weltbank oder der Welthandelsorganisation, welche die Bedeutung des Geldes als einziges Kriterium für die Entwicklung noch verstärken.

Durch die Kommerzialisierung von Erziehung und Gesundheit, die Privatisierung von Wasser und öffentlichen Dienstleistungen, die Kürzung der Investitionen in die Infrastrukturen oder den Verfall der Agrarpreise sind heute **alle gesellschaftlichen Gruppen in ihrem Alltag betroffen.** Es existiert heute eine universelle Herrschaft des Marktes und des Geldes, sowie eine Konzentration der ökonomischen Entscheidungen in den Zentralen der transnationalen Konzerne.

Die Vereinigten Staaten als **Speerspitze** des globalen Systems sind auch der Schutzwall für dessen Sicherheit, indem sie die Kontrolle über die natürlichen Ressourcen der Welt mit militärischen Mitteln garantieren. Sie sind auch die Hauptverantwortlichen für deren Verschwendung. Auf diese Weise beschleunigen sie ökologische Katastrophen, die in ihren dramatischen Ausmaßen nicht mehr nur die ärmsten Schichten betreffen, sondern die gesamte Weltbevölkerung.

In immer mehr Bereichen zeigt sich deshalb der Kapitalismus heute eher von seiner **zerstörerischen** Seite als in seiner Funktion als Hervorbringer von Gütern und Dienstleistungen, deren Verteilung im Übrigen immer ungleicher wird. Das führt zu immer mehr Widerstandsbewegungen, die den Kapitalismus als gemeinsamen Feind erkennen.

Quelle des **Reichtums der Sozialforen** ist ihre **große Vielfalt**: geografisch (sie sind auf allen Kontinenten vertreten), sozial (Bauern und Bäuerinnen, indigene Völker, ArbeiterInnen, Frauen, Umweltgruppen, Intellektuelle), aber auch organisatorisch (soziale Bewegungen, nichtstaatliche Organisationen) und ideologisch (VerfechterInnen der Humanisierung des Kapitalismus oder seiner Überwindung). Die Foren sind auch durch ihre **nicht hierarchische Organisationsform** gekennzeichnet. Ein Forum ist ein Ort des Gebens und Nehmens, ein Ort der Begegnung und des Austauschs, und nicht ein Gebilde, das gemeinsame Entscheidungen treffen könnte. Angesichts der Tausenden von Bewegungen und Organisationen weltweit und der zigtausenden Teilnehmerinnen würde dies unvermeidlich zum Sprengen des WSF führen.

Die sechs Weltforen, die bisher stattfanden (vier in Porto Alegre, eins in Mumbai, Indien, und das letzte 2006, "polyzentrisch" organisiert in Bamako (Mali), Caracas (Venezuela) und Karatschi (Pakistan), haben folgende **Erfolge** zu verzeichnen:
Sie haben die Tatsache im **kollektiven Bewusstsein** verankert, dass der Neoliberalismus nicht ewig dauern wird und man ihm Alternativen entgegensetzen kann. Alternativen, die aus dem Bereich der Utopie kommen oder die sich auf kurz- und mittelfristige Maßnahmen beziehen.
Die Weltsozialforen haben auch den Aufbau und die Verstärkung internationaler **Netzwerke** unterstützt, um in vielfältigen Bereichen **Alternativen** zu fördern zu Themen wie: Auslandsschulden der Entwicklungsländer; internationale Steuern; Steuerparadiese; Amerikanische Freihandelszone (Alca); WTO und Dienstleistungsabkommen (Gats - General Agreement on Trade in Services); Wasser; genetisch veränderte Organismen (GVO); Ernährungssicherheit und -souveränität gemäß des Programms von La Vía Campesina (weltweite Koordination der Bauernbewegungen). Dadurch ist schon die reine Existenz der Foren zu einem Politikum geworden, und sie haben weltweit eine **neue Hoffnung** geweckt.

Nach der ersten Expansions- und Konsolidierungsphase stehen die Foren heute **vor großen Herausforderungen**.

In **erster** Linie müssen sie nun von der Entwicklung eines neuen kollektiven Bewusstseins zur Heranbildung kollektiver Akteure übergehen, um zur Schaffung eines **neuen historischen Subjekts** zu gelangen, das natürlich – wie im 19.und 20 Jahrhundert - die Arbeiterklasse einschließt, daneben aber auch einen breiten Fächer sozialer Akteure und Bewegungen. (3)
Diese Entwicklung wurde durch die **jährliche Versammlung der sozialen Bewegung** im Rahmen der Foren gefördert, die Dokumente, Aktionskalender und -vorschläge beschlossen haben. Auf einer solchen Versammlung entstand im Januar 2003 der Vorschlag einer weltweiten Demonstration gegen den bevorstehenden Irakkrieg; an dieser Demonstration vom 18.3. nahmen weltweit ca. 15 Millionen Menschen in über 600 Städten teil. Von der Versammlung der sozialen Bewegungen auf dem WSF in Caracas im Januar 2006 sind unter anderem folgende Aktionsvorschläge formuliert worden: die Unterstützung der russischen Bewegungen, die den Protest gegen den G8-Gipfel in St. Petersburg im Juli 2006 organisieren; ein internationaler Aktionstag im September 2006 mit weltweiten Protestmaßnahmen vor den Sitzen von Weltbank und IWF.

Die Foren stehen jetzt **zweitens** vor der Frage, wie sie ihr Weiterbestehen **finanziell und organisatorisch** sichern können. Es gibt reale Probleme mit der Verwaltung und Organisation, mit dem Aufbringen der zeitlichen und finanziellen Mittel. Die Beteiligung der einfachen Leute erweist sich als schwierig, und es besteht die Gefahr, dass man sich auf die ständigen MitarbeiterInnen der Organisationen beschränkt, die über ausreichende Mittel verfügen.

Die **dritte** Herausforderung ist die Klärung der Frage, mit welchen **Strategien** den Institutionen und Regierungen begegnet werden soll, deren Politik man anprangert. In einer geschickten semantischen Unterwanderung benutzen diese Institutionen und Regierungen ihrerseits gleiche Begriffe wie "Zivilgesellschaft", "partizipative Demokratie" oder "Kampf gegen die Armut", aber in einer ganz anderen Bedeutung und im Dienste der herrschenden Schichten. Sie versuchen, die Organisationen und ihre AktivistInnen zu kooptieren und zu **vereinnahmen** durch die Finanzierung von Aktivitäten oder Projekten, durch Einladungen nach Davos oder Beteiligung an Initiativen der internationalen Finanzinstitutionen.
Gleichzeitig werden die sozialen Bewegungen und die progressiven nichtstaatlichem Organisationen von manchen dieser Regierungen **kriminalisiert**, die im Namen des "Kampfes gegen den Terror" die gesetzlichen Maßnahmen verschärfen, Verhaftungen vornehmen und VolksführerInnen ermorden lassen.

Der Fortbestand der Foren (4) ist deshalb untrennbar mit der **Heranbildung kollektiver AkteurInnen** verbunden, die sich auf nationaler, kontinentaler und internationaler Ebene für eine Politik einsetzen, in der sich die ersten Umrisse einer "möglichen anderen Welt" abzeichnen.

Um dieses Ziel ging es in dem **Appell von Bamako** (5). Sein Inhalt ist das Ergebnis der Arbeit eines Netzwerkes von Organisationen, sozialer Bewegungen und Zentren zu deren Unterstützung, die sich am Vortag des dezentralen WSF in Bamako (Mali) in Erinnerung an den 50sten Jahrestag der Bandung-Konferenz zusammengefunden haben. Er ergänzt das Manifest von Porto Alegre, den ersten Versuch vom Januar 2005 (6), das bisher Erreichte in der Formulierung von zwölf Maßnahmenbündeln zusammenzufassen. Damit wird die auf dem ESF in Saint-Denis (Paris) 2003 begonnene Diskussion über Zukunft und Perspektiven der Sozialforen zu einer immer zentraleren Frage, auch in den eigenen Reihen.

----

(1) www.forumsocialmundial.org.br
(2) S. Bernard Cassen: Alles hat in Porto Alegre angefangen, 2003 (auf Französisch)
(3) S. Ignacio Ramonet „Caracas“, Monde Diplomatique Januar 2006
(4) Das nächste WSF findet in Nairobi (Kenia) im Januar 2007 statt
(5) S. Sand im Getriebe Nr 49
(6) S. Sand im Getriebe Nr

Aus dem Französischen von Sigrid Vagt (Le Monde diplomatique, Beilage der Wochenzeitung, Zürich) und von der SiG-Redaktion

*Samir Amin ist Präsident des alternativen Weltsozialforums; François Houtart ist Präsident des Centre tricontinental (Cetri) in Louvain-la-Neuve.

Dorothea Haerlin

Einige Fragen an die Autoren des „Aufrufs von Bamako“

Dieser Text entstand nach einer ersten, recht kontroversen Debatte über den „Aufruf von Bamako“ im Lesekreis des attaCafé in Berlin, die Diskussion unter uns geht weiter

__Vorspann:__

Einordnung des Aufrufs in die aktuelle Debatte über die Zukunft des WSF.

Nach 6 Jahren Erfahrungen im Weltsozialforumsprozess verstärken sich die Diskussionen über die Zukunft des Forums. Der Linksrutsch bei den lateinamerikanischen Präsidentschaftswahlen warf zusätzlich für viele ForumsteilnehmerInnen die Frage nach der Beziehung zwischen sozialen Bewegungen und Regierungen neu auf, besonders auf dem kontinentalen WSF in Caracas 2006, bei dem Präsident Chavez eine sicher nicht alles beherrschende und dennoch wichtige Rolle einnahm. In seiner Rede auf dem Abschlusstreffen der Versammlung der sozialen Bewegungen lautete seine explizite Vorschlag, „dass die Bewegungen eine „strategische Allianz“ mit den progressiven Regierungen eingehen sollen, und er rief das Forum dazu auf, sich in die von ihm ausgerufene „kulturelle Revolution der Völker“ zu integrieren. Und vor allem einige aus der Gründungsgeneration des Forums unterstützten diese Umarmung.“.... Aus ihren Reihen kam auch ein ganz konkreter Vorschlag.“ Man solle eine Datenbasis mit den Adressen von AktivistInnen der Tausenden von Basisorganisationen und Sozialen Bewegungen weltweit schaffen, um gemeinsame Pläne und Aktionen zu entwickeln. Andere, wie etwa prominente Vertreter der starken brasilianischen Organisationen, wollen eine eigenständige, auch linken Regierungen kritisch gegenüberste-

hende, Position bewahren. Eine Haltung, die auch aus den Erfahrungen von gut drei Jahren Lula-Regierung herrührt. Entsprechend gibt es im obersten Gremium des Forums, dem Internationalen Rat (in dem etwas 160 Organisationen vertreten sind), heftige Auseinandersetzungen um die zukünftige Entwicklung. Die einen wollen es als politischen Akteur mit klaren Positionen etablieren, es soll sich einmischen und Orientierung stiften, die anderen wollen es als Ort bewahren, an dem sich die antineoliberalen und antiimperialen Widerstände und Alternativen miteinander verbinden. Stellvertretend dafür zwei Positionen. Emir Sadar, der einflussreiche brasilianische Linksintellektuelle, bezog eindeutig Stellung: Alternativen würden heute von den progressiven Regierungen formuliert und nicht vom WSF. Gilberto López Ribas, ehemaliger Abgeordneter der PRD (Partido de la Revolución) aus Mexiko, der heute an der „Anderen Kampagne“ des „Delegado Zero“ (wie sich der Subcomandante Marcos heute nennt) teilnimmt, ist da ganz anderer Meinung. Die sozialen Bewegungen dürfen vom Prinzip her keinem institutionellen Wandel vertrauen. Für ihn ist die Korruption der Parteien, die Regierungsverantwortung tragen, ein Schicksal und strukturell bedingt. Und die Erfahrung zeigt für ihn, dass, wenn man in die Institutionen eintritt, man damit endet, das System zu reproduzieren.“ (zitiert nach Stefan Thimmel, „Strategische Allianzen“ von Bewegungen und linken Regierungen? In „ila“ Nr.293, März 2006)

Innerhalb dieses von Stefan Thimmel sehr treffend skizzierten Diskussionsprozesses wurde am 18.1.2006, einen Tag vor Beginn des afrikanischen Teils des in diesem Jahr dezentralisierten WSF in Bamako der „Aufruf von Bamako“ veröffentlicht mit der Bitte um Debatte in den verschiedenen Gruppen der sozialen Bewegung und mit dem Ziel einer eventuellen späteren Unterzeichnung.

Deshalb habe ich einige Fragen an die Autoren des Aufrufs.

Zunächst eher formale Fragen:

1. Wer war an der Erarbeitung des Textes beteiligt und wie wurde dazu eingeladen?

2. Welche Rolle spielte der Aufruf auf dem Forum in Bamako und auf den Veranstaltungen über die Zukunft des WSF? (Als Teilnehmerin der Versammlung der sozialen Bewegungen auf dem WSF in Caracas kann ich berichten, dass der Aufruf dort erwähnt und aklamatorisch unterstützt wurde, ohne dass er den Anwesenden ihn in voller Länge vorlag.)

3. Wie stellt ihr euch den Diskussionsprozess darüber vor? Sind Änderungen vorgesehen?

4. Welches Ziel verfolgt ihr mit dem Aufruf? Schwebt euch eine Art „Internationale der sozialen Bewegungen“ vor und wie sollte diese angesichts der von euch immer wieder erwähnten Vielfältigkeit und unter dem Anspruch der Horizontalität und Partizipation konkret verwirklicht werden?

Und nun mehr zum Inhalt:

5. Ihr stellt euren Aufruf in die Tradition von Bandung, einer 1954 zweifelsohne bedeutenden Konferenz von vornehmlich Regierungs- und Parteiangehörigen. Wie ist dieser Rahmen kompatibel mit dem WSF, in dessen Grundsätzen zu lesen ist „Vertreter von Parteien oder militärischen Organisationen dürfen nicht auf dem Forum teilnehmen“?
Aber wurde in Bandung eine Erklärung nicht am Ende der Konferenz anstatt vorneweg geschrieben?

6. Ihr entschuldigt relativierend eure „veraltete Wortwahl“. Wörter stehen für Begriffe und diese sind in theoretische Konzepte einzuordnen. Meint ihr nicht auch, dass ihr mit dieser Wortwahl euch auf theoretische Konzepte der 50iger bis 80iger Jahre bezieht, die gerade auf den WSFs kritisch hinterfragt werden? Beabsichtigt ihr durch die Wortwahl, aber auch bedingt durch den Entstehungsprozess (der Diskussion einiger weniger vorneweg) ein Zurück zur Avantgarderolle von einigen Intellektuellen? Und würde das nicht in direktem Widerspruch stehen zu der Idee des WSF als Forum sozialer Bewegungen von unten?

7. In dem Kontext eine weitere Nachfrage zu Kapitel II „Für eine Reorganisation des Weltwirtschaftssystems“:
Warum sprecht ihr in dem Kapitel so viel von Arbeitsgruppen von „spezialisierten Forschern“ (Punkt c), vom „Studium der Kapitalverhältnisse“ (d), „Fortbildung für Journalisten“ (e) und erwähnt die Aktivisten nur in Punkt f im Zusammenhang mit Internetseiten für progressive Wirtschaftswissenschaftler? Ich will deren Bedeutung nicht in Frage stellen, aber gab es auf den Foren da nicht noch andere? Habt ihr dort keine Menschen kennen gelernt aus sozialen Bewegungen, welche die Eigentumsfrage längst praktisch in Frage stellen, wie z.B. die argentinischen Piqueteros, Fabrikbesetzer und damit Akteure einer neuen solidarischen Ökonomie, Landlose, die sich ihr Land oft gewaltsam nehmen mussten auch unter Lula, und all die vielen anderen, die täglich darum kämpfen müssen, zum Überleben nur ein kleines Stückchen abzubekommen und dafür ihr Leben riskieren wie heute in Kolumbien, Haiti und anderen Regionen, nicht nur in Lateinamerika ?

8. Und damit komme ich zu einer meiner zentralen Fragen an euch:
Wer sind die Akteure für eine andere Welt, von der wir alle träumen? Ihr verwendet die Begriffe „Volksmassen“, „werktätige Massen“ (in einer Zeit der Präkarisierung , extremer Arbeitslosigkeit und ständigem Anwachsen des informellen Sektors) oder auch von einem „neuen historische Subjekt“. Wen meint ihr damit eigentlich?
Habt ihr auf den WSFs keine konkret zu benennenden Menschen oder Gruppen getroffen, wie z.B. die bolivianischen Indigenas im Kampf um ihr Wasser, José Bove und seine FreundInnen mit ihren feurigen Methoden gegen die Verbreitung von genmanipuliertem Saatgut oder all diejenigen, die das ALCA zu Fall brachten?

9. Habe ich falsch gelesen, wenn ich in eurem Text als die Hauptansprechpartner für die andere Welt immer wieder „Nationen und Völker“ ausmache? Und dies ist eine weitere ganz zentrale aber auch ganz konkrete Frage an euch:
Wie soll ich in Kap.II folgende Sätze verstehen? „Unsere Epoche wird von der Durchsetzung der Konkurrenz zwischen Arbeitnehmern, Nationen und Völkern beherrscht.“ Warum erwähnt ihr hier noch nicht einmal die Kapitalseite, v.a. die Transnationalen? Oder wenig später: „Die neoliberale Politik.....verneint auch die Selbstbestimmung der Nationen und Völker, die u.a. zur Korrektur der Ungleichheiten notwendig ist......Die im Laufe der Geschichte entstandene Vielfalt der Nationen und Völker erfordert eine Bejahung ihrer Selbstbestimmung.“
Habt ihr an all den Debatten über die veränderte Rolle der Nationalstaaten in der Zeit des globalisierenden Kapitalismus nicht teilgenommen? Wir, die mehr oder weniger aus der Tradition der sozialistischen Internationale kommen, einer Bewegung, die nationale Grenzen immer abgelehnt hat und sich auf die Fahnen geschrieben hatte, diese abzuschaffen, sollen heute, wo die Gegenseite diese Grenzen negiert , wann immer es ihren Verwertungsinteressen dient, plötzlich auf den Nationalstaat hoffen als angeblich ausgleichende Kraft zwischen unüberbrückbaren Widersprüchen ?

10.Und damit wäre ich bei der Frage, wie ihr die andere Welt verwirklichen wollt. Warum sprecht ihr in dem Kontext einerseits unter der Verwendung von so verharmlosenden Verben wie „ müssen wir zurückweisen“, „nicht mehr zu dulden“, „gebührenden Platz einräumen“, „müssen die Bewegungen einsehen bzw. sensibilisiert werden“, „sie sollen aufhören“, „verbieten“, „muss beendet werden“, “sollten

wir fördern", „müssten sie umsetzen"....oder „Die Staaten müssen......garantieren". Und damit bin ich beim Kern meiner Frage: Warum sprecht ihr so viel von Gesetzen , staatlichen und supranationalen Regulieren bzw. Organisationen und berichtet so wenig von Aktionen und Akteuren von unten oder gar von den Interessenten, die selbst bei unterstellter Gutwilligkeit von Regierungen diese daran hindern, die von euch geforderten Gesetzt, die ja nicht ganz neu sind, zu verabschieden oder gar umzusetzen.
In Kapitel 5 zur bäuerlichen Landwirtschaft erklärt ich doch gar nicht, warum Präsident Lula trotz bestem Willen die Situation der Landlosen und den extremen Hunger in seinem Land kaum verbessern konnte während er auf internationaler Ebene die Interessen der brasilianischen Agroindustrie gegen die der campesinos gut vertritt.

11. Warum benutzt ihr weiterhin Begriffe, die gerade im WSF-Prozess sehr differenzierend hinterfragt werden? Ich meine damit z.B. „technischer Fortschritt", „Wachstum", „Macht"? Warum übertragt ihr eure eigene Erkenntnis in Kapitel 5 über die Entfernung der Regierungen in Indien und Brasilien von den Interessen ihrer eigenen Kleinbauern bei der WTO in Hongkong nicht auf eure allgemeine Sicht dieses Planeten und bleibt am veralteten Nord-Süd-Schema hängen? Als hätte es eine Debatte über die Verlierer und Gewinn der Globalisierung im Norden wie im Süden gar nicht gegeben und warum kommt der Osten und ich meine damit die postkommunistischen Länder bei euch gar nicht vor?
Wie sollen sich die in meinem Land des Nordens Präkarisierten und Arbeitslosen z.B. verhalten bei einer in Kapital II von euch vorgeschlagenen Strategie: „Fünfzig Jahre nach der Bandung-Konferenz drückt der Aufruf von Bamako die Notwendigkeit eines Wiederaufbaus einer Front des Südens aus, die im Stande ist, den Imperialismus der herrschenden ökonomischen Mächte und die militärische Hegemonie der Vereinigten Staaten zum Scheitern zu bringen". Richtig, ihr relativiert das im folgenden :„Diese antiimperialistische Front stellt nicht die Völker des Südens gegen die des Nordens. Im Gegenteil ist sie die Grundlage für die Bildung eines globalen Internationalismus, der alle am Aufbau einer gemeinsamen, vielfältigen Zivilisation beteiligt". Entschuldigt, aber kann diese Passage mehr sein als ein voluntaristisches Zukitten der Widersprüche, die ihr an anderer Stelle durch eure eigene auf Nationalstaaten beruhende Weltsicht auftut?

12. Und nun eine letzte Frage aus meinem noch nicht erschöpften Fragenkatalog an euch: Was hat eure Erklärung mit Afrika zu tun? Der Name und das Datum vor dem WSF in Bamako, das ist klar, aber welche Bedeutung spielt Afrika in eurem Papier? Ich erspare mir das Aufzählen der wenigen, extrem unkonkreten Passagen dazu. Hättet ihr dieses Papier nicht an jedem anderen Ort der Welt schreiben können? Und was hatte es tatsächlich mit den Menschen und den vielen Veranstaltungen auf dem Forum zu tun? Mit wem und wo habt ihr auf dem Forum drüber diskutiert?

Als Teilnehmerin mehrerer WSFs, zuletzt auch in Caracas, drängen sich mir ganz andere Probleme auf und ich frage mich ob ich damit allein stehe. Hier nur drei meiner auf den Nägel brennenden Fragen auf die ich bei euch leider keine Antwort finden kann:

1.Wie kann es uns gelingen, dass zumindest einige AktivistInnen, die ihren Kopf täglich für eine andere Welt hinhalten müssen, aber größtenteils mittellos sind und damit auf den Foren nicht präsent, dort in Zukunft teilnehmen können ? Oder haltet ihr die Teilnahme derer, die von ihren NGOs oder anderen Organisationen Flug und Hotel bezahlt bekommen bzw. sich das selbst leisten können, für ausreichend?

2. Gibt es zumindest bessere Möglichkeiten, um die lokalen Gruppen und die Menschen vor Ort in unsere Debatten aktiv mit einzubeziehen? (In Caracas ging die Auftaktdemonstration entlang der üblichen Route für Militärparaden, flankiert von alten Panzern und Generälen in die Nähe der größten und das Verteidigungsministerium beinhaltenden Kaserne. Bei meinem anschließenden Besuch in den Armenvierteln, in denen ca. 60% der Bewohner von Caracas leben, hatte keine/r der dort lebenden AktivistInnen am Forum teilgenommen.)

3. Wie können wir die Fülle an Erfahrungen und die auf den Foren sinnlich wahrnehmbaren Vielfältigkeit unserer Bewegungen für andere einfangen, sichtbar machen, evtl. dokumentieren?

4. Viele von uns, ich nehme an die Mehrheit, träumen von einer Welt ohne Hierarchien. Aber wie leben und praktizieren wir Horizontalität, Emanzipation, Gleichberechtigung, Partizipation, direkte Demokratie und vieles mehr und wie entwickeln wir neue Strukturen, wenn die hegemonialen nicht reproduzieren wollen?

Bleibt am Ende die Frage, wie hilft uns der „Aufruf von Bamako" auf dem Weg in diese neue Welt weiter?

Dorothea Haerlin ist Mitglied von attac Berlin, im Attac-Rat und Miglied der AG Internationales

Kerstin Sack

Aufruf von Bamako - eine Stellungnahme

Der Aufruf von Bamako ruft zur Diskussion über die Zukunft der Bewegungen gegen die neoliberale Globalisierung auf. Diesen Text kann man auf verschiedene Weise lesen: in der Suche nach Schwächen oder nach Gemeinsamkeiten und der Entwicklung konstruktiver Kritik. Das setzt natürlich voraus, dass er überhaupt als relevanter Beitrag gesehen wird, und nicht, weil er von Intellektuellen verfasst wurde, ihm schon die Legitimität abspricht. Meiner Meinung nach ist der Text eine gute Zusammenfassung der Diskussionen und Bewegungen der letzten Jahre. Die in dem Text enthaltenen politischen Forderungen stimmen mindestens zu 80% mit dem Attac Konsens überein. Die grundlegende These des Aufrufs ist, dass für die Konstruktion und Mobilisierung eines neuen "Kollektiven Subjektes" langfristige Ziele und Vorschläge notwendig seien, also Alternativen entwickelt werden sollen. Die Vorschläge und Ziele sind kurz- und langfristig angelegt, so dass nicht Reform oder Revolution zur Debatte steht, sondern sowohl als auch. Deswegen bewegen sie sich zwischen Abschaffung des Kapitalismus und Stärkung des öffentlichen Sektors.

Bei dem Text vermittelt sich der Eindruck, dass verschiedene AutorInnen am Werk waren, was sich vor allem im Sprachgebrauch ausdrückt. So ist einmal von den Sozialforen als wichtigster Akteur die Rede, dann wieder von den Volksmassen, oder den werktätigen Massen. Dem liegen kulturelle und historische Unterschiede zu Grunde. So ist die globalisierungskritische Bewegung in Europa zum großen Teil Ergeb-

nis des Engagements von Intellektuellen oder zumindest gut gebildeten Menschen. In Lateinamerika sind die Sozialen Bewegungen vor allem Bewegungen von häufig wenig gebildeteten Frauen, Indigenas, Landlosen. Von einer "Massenbewegung" können wir in Europa wohl nur teilweise sprechen, wohl aber zum Beispiel in Bolivien und anderen lateinamerikanischen Ländern. Von daher sind die Vorraussetzungen und Realitäten sehr unterschiedlich. Trotzdem gibt es zahlreiche gemeinsame Interessen, die gilt es zusammenzuführen und wenn möglich, auch zu gemeinsamen Aktivitäten zu kommen. Von daher schlage ich vor, die Inhalte zu diskutieren und sich nicht zu sehr an Begriffen festzubeißen. wie zum Beispiel auch dem Begriff der Werktätigen. So wird in dem Textteil über die "Werktätigen" deutlich, das die Überschrift nicht sehr passend ist, denn dort werden die Gewerkschaften angemahnt sich auch für die Belange der "Ausgeschlossenen einzusetzen" und nicht nur für diejenigen, die einen Arbeitsplatz haben. Was ich jedoch bedeutend finde ist, und das spiegelte sich sowohl in den Diskussionen beim WSF in Caracas als auch auf dem internationalen Ökonomenkongress in Cuba wider, das es eine große Einigkeit darüber gibt, dass die Sozialen Bewegungen zur Zeit die wichtigsten Akteure im Widerstand gegen die neoliberale Globalisierung sind, dass diese sehr vielfältig sind und diese Vielfältigkeit eine Stärke ist.

Die angesprochenen Themen sind die, die auch bei den Welt- und regionalen Sozialforen diskutiert werden, und die für die Bewegungen in den letzten Jahren Grundlage für Kampagnen waren. Auffällig ist, dass die Themen Frauen, Medien und Demokratie ein großes Gewicht haben, die in der bundesrepublikanischen Diskussion kaum vorkommen. Während Privatisierung, WTO, Finanzmärkte auch hierzulande wichtige Themen sind.

Eine gute Anregung ist meiner Meinung nach die Diskussion über universale Rechte. Während bei Attac gerade die Forderung nach "globalen sozialen Rechten" Einzug hält, gehen die Ansätze des Aufrufs weiter. "Erinnern wir uns, dass die globalisierungskritische Bewegung Träger eines durch und durch demokratischen Projekts ist. Sie fordert Zugang zu den Grundrechten für alle. Dabei geht es um zivile und politische Rechte,....die globalisierungskritische Bewegung fordert außerdem wirtschaftliche, soziale, kulturelle und ökologische Rechte, die Grundlage der sozialen Demokratie sind." Diese Diskussion ist bei uns überfällig und könnte gerade auch im Zusammenhang mit dem G8 Gipfel 2007 geführt werden.

Ein weiterer Baustein des Papiers ist die "Souveränität der Völker", gegen eine unipolare Welt. Diese Forderung stößt bei einigen innerhalb von Attac auf Unverständnis, da doch internationale Lösungen angestrebt werden sollen. Die Forderung der "nationalen Souveränität" besteht vor allem im dem Recht auf eigene Entwicklungswege und richtet sich auch gegen die militärischen Interventionen und Einmischungen in innere Angelegenheiten, die nicht nur den Irak betreffen. Vor allem nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus sind freie Marktwirtschaft und Parlamentarismus angeblich Grundpfeiler jeder Demokratie, alles andere befindet sich sozusagen außerhalb der internationalen Gemeinschaft. Hierbei geht es auch um die Definition des Terrorismus, also der Achse des Bösen, und Ländern, die sich nicht den neoliberalen Wirtschaftsmodellen und dem Konzept der parlamentarischen Demokratie unterordnen wollen. Es gibt die Tendenz "demokratische Wahlen" nur dann zu akzeptieren, wenn das gewünschte Ergebnis erfolgt. Andernfalls nimmt sich die "internationale Gemeinschaft das Recht, die Wahlergebnisse in Frage zu stellen und offen einen Regierungswechsel anzustreben. Besonders gefährdet sind in diesem Sinne die Regierungen von Venezuela und Bolivien, die von u.a. von den USA als Gefahr für die Sicherheit der Region bezeichnet werden. Und damit wird auch der Zirkelschluss gezogen zu den Grundsätzen der Blockfreien, bzw. dem Vorläufer, der Konferenz von Bamako. Die Forderung nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung und einer multipolaren Welt sind die Grundvoraussetzungen für die Entwicklungsmöglichkeiten, die sich heute in Lateinamerika andeuten. Die Forderung nach der Souveränität steht nicht im Gegensatz zu neuen solidarischen Beziehungen zwischen den Ländern, sondern ihre Voraussetzung.

Deshalb sehen zahlreiche WissenschaftlerInnen und Soziale Bewegungen in diesen Auseinandersetzungen in Lateinamerika eine zentrale Bedeutung im Kampf gegen den Neoliberalismus (Kapitalismus). Wenn die Versuche einer anderen Entwicklung in Lateinamerika scheitern, wird das ein großer Rückschlag für die gesamte Globalisierungsbewegung sein. So ist auch die nächste Doha Runde von großer Bedeutung, die Weichen für die zukünftige Entwicklung festschreiben kann. Für Länder wie Cuba und Venezuela, die ihre Sozialsysteme staatlich finanzieren, wie zum Beispiel die Abgabe von subventionierten Lebensmitteln und die Entwicklung einer von Importen unabhängigeren Landwirtschaft zur Schaffung der Ernährungssicherheit ist es sehr entscheidend, dass diese Runde scheitert. Ein gemeinsames Vorgehen von fortschrittlichen Regierungen und sozialen Bewegungen zum Beispiel bei den WTO-Verhandlungen bietet sich hier geradezu an.

Die Vorschläge des Aufrufs von Bamako beziehen sich teilweise auf Aktivitäten von Bewegungen, teilweise auf staatliches Handeln. Dies kann sowohl hinsichtlich konkreten Handlungen von bestehenden Regierungen gelesen werden, wie auch Forderungen der Sozialen Bewegungen Regierungen gegenüber.
Auch deshalb ist es wichtig, unser Verhältnis zu Regierungen wie der von Venezuela klären. Nicht zuletzt die Projekte wie Telesur, dem lateinamerikanischen Fernsehprojekt und Petrocaribe und das ALBA-Konzept sind bemerkenswerte Projekte, die auch für die Diskussion um eine andere regionale Integration zu diskutieren.

Nicht konsensfähig sind zur Zeit bei Attac Deutschland vor allem die Kapitalismuskritik, der "Anti-Imperialismus". Aber auch Themen der internationalen Solidarität sind umstritten, wie die Bewertung der Mauer in Palästina, die Solidarität mit dem "kämpfenden irakischen Volk". Die Solidarität mit Venezuela und Bolivien wurden bisher noch gar nicht diskutiert. Inakzeptabel ist für mich die Bezeichnung "Anti-Imperialistische Front". Auch wenn wir inhaltlich nicht auseinander liegen können ungeeignete Begriffe eher hinderlich als förderlich sein. So ist dieser Begriff allein schon aus strategischer Sicht ungeeignet. Es wäre sehr hilfreich, wenn der Text sprachlich überarbeitet würde.

Die Frage bleibt, ist ein solches Papier überhaupt notwendig? Das Bedürfnis nach verbindlicheren Strukturen und die Einigung auf bestimmte Inhalte kann den Diskussionsprozess vorantreiben und eventuell mehr Klarheit schaffen. Jedoch bezweifle ich, dass ein solches Strategisches Herangehen tatsächlich umsetzbar ist, dafür sind die Strukturen bei Attac in Deutschland zu unverbindlich. Allerdings kann es sein, dass andere Organisationen und vielleicht auch Attacs in anderen Ländern da weniger Probleme haben. Zumindest Attac Frankreich scheint in dieser Hinsicht andere Grundlagen zu haben. Zu Diskussionen sollte meiner Meinung nach vor allem die Tatsache führen, dass es offensichtlich unterschiedlicher Sichtweisen von Bewegungen des Südens und des Nordens gibt. Als internationale Bewegung sollten wir uns mehr mit den AktivistInnen aus den Ländern des "Südens" austauschen, um das gegenseitige Verständnis zu verbessern und gemeinsame Alternativen zu entwickeln.

Kerstin Sack ist Mitglied des Koordinierungskreises und der AG Internationales von attac Deutschland

Marie-Dominique Vernhes

Zur Krise in Attac Frankreich

"Der Begriff, den die Chinesen für "Krise" verwenden, wei-ji, setzt sich aus den Schriftzeichen für "Gefahr" und "Gute Gelegenheit (Chance)" zusammen." (Capra in Wendezeit S.21)

Bei der Jahresversammlung von attac Frankreich in Rennes am 17.-18. Juni sind die Briefwahlen zum Verwaltungsrat („Conseil d´administration“, CA) von einem Teil der Kandidaten angefochten worden, die daraufhin beschlossen haben, an den Sitzungen des CA nicht mehr teilzunehmen. Der Bericht über die Versammlung ist zu lesen unter:
http://www.france.attac.org/article.php3?id_article=6467

Auf die daraus entstandene Krise haben Mitglieder und Ortsgruppen von attac Frankreich rasch und deutlich reagiert: **Gefordert wurde zum einen Neuwahlen zum Verwaltungs-rat, zum anderen die Darlegung der inhaltlichen Differenzen der Kontrahenten.**

Beide „Fraktionen“ stimmen dem doppelten Anliegen zu:
1. Am 24.6. hat der Verwaltungsrat sich für **Neuwahlen** des gesamten Verwaltungsrats ausgesprochen, die nach Abschluss der Abstimmung über die Modifizierung der Satzung im Dezember 2006 stattfinden sollen, und bittet die Versammlung der Gründungsmitglieder von attac Frankreich und die Versammlung der Ortsgruppen, die Ende September stattfinden soll, um Zustimmung. Eine paritätisch zusammengesetzte Wahlkommission soll die Wahlen organisieren.

2. Die Mitglieder des im Juni gewählten Verwaltungsrats werden dazu aufgerufen, **bis Anfang August ihre strategische Vision über die Zukunft von attac** aufzuschreiben; darüber soll in den Ortsgruppen im September debattiert werden.

Der Kokreis von attac Deutschland schätzt die Differenzen folgendermaßen ein: *„Der Konflikt hat sich an einer Frage strategischer Grundorientierung entzündet. Während eine Strömung sich für ein Organisationsmodell ausspricht, das sehr stark auf organisatorische Eigenständigkeit und politische Autonomie orientiert, plädiert die Gegenposition für eine netzwerkartige Einbindung und Offenheit der Organisation als Raum der Übereinstimmung unterschiedlicher Organisationen und Interessen.“* (Aus einer Erklärung des Koordinationskreises von attac Deutschland,
http://www.attac.de/aktuell/neuigkeiten/attac-fr.php)

Einen **Einblick über die aktuellen Kontroversen** geben einige Beiträge:
http://www.france.attac.org/f6263
(Allgemeines Diskussionsforum zu den Wahlen)
http://www.france.attac.org/rubrique.php3?id_rubrique=849
(Vorstellung der Kandidaten und Diskussionsforen mit ihnen)

In attac Frankreich gibt es bei weitem nicht nur Diskussionen über die Strukturen (Satzung) und über das Vorgehen einzelner Mitglieder des Verwaltungsrats. **Es geht um die strategische Ausrichtung und um das Selbstverständnis von attac.**
Die Debatten und Beschlüsse von attac Frankreich seit der Gründung sind zu lesen unter
http://www.france.attac.org/rubrique.php3?id_rubrique=95
(Einige Dokumente sind in Sand im Getriebe Nr 14 veröffentlicht)
Die **Kontroversen über eine "neue Dynamik für attac"** aus den Jahren 2003-2004, worauf sich immer wieder bezogen wird, sind zu lesen unter:
http://www.france.attac.org/rubrique.php3?id_rubrique=421
Wir hatten in Sand im Getriebe Nr 42 2 Texte veröffentlicht.
Zu den Kontroversen über die Haltung von attac Mitgliedern zu **EU-Wahlen** sind Beiträge in Sand im Getriebe Nr 36 und 45 erschienen.

Bei allen heftig ausgetragenen Differenzen zwischen Mitgliedern des Verwaltungsrats sollten wir nicht vergessen, dass **beide Fraktionen gemeinsam strategische Positionen entwickelt haben** (Sand im Getriebe Nr 42) und auf der Vollversammlung von attac im Dezember 2005 einen gemeinsamen Text zu den großen Orientierungslinien von attac Franreich vorgelegt haben, der mit ca. 70% der Stimmen verabschiedet wurde
(http://www.france.attac.org/article.php3?id_article=5592).
Gemeinsam arbeiten sie an dem **Projekt „Manifest 2007“**, das die Aufgabe haben soll, erstens in den öffentlichen Debatten anlässlich der Wahlen in 2007 et 2008 (Präsidentschaftswahlen und Abgeordnetenwahlen) die notwendigen Bruchlinien mit den neoliberalen Politiken zu entwickeln und die Kandidaten zu einer Positionierung zu der neoliberalen Frage zu bewegen, zweitens attac Frankreich durch eine innere Debatte und eine öffentlichen Darlegung ihrer Positionen zu stärken.
(http://www.france.attac.org/article.php3?id_article=5915)

Wir erinnern auch an die bedeutenden Beiträge zur **Kampagne gegen die EU-Verfassung** (Sand im Getriebe Nr 43, 44 und 45 aber auch 29 und 38) und neulich an die Teilnahme von attac Frankreich an der Kampagne gegen das CPE (Artikel in dieser Nummer).

Die Redaktion von „Sand im Getriebe“ wird in der Nummer 53 Ende August Texte zu den aktuellen Kontroversen veröffentlichen. In diesem Zusammenhang wiederholen wir unseren Appell, die internationale attac-Organisation von ÜbersetzerInnen tatkräftig zu unterstützen!
http://www.coorditrad.attac.org/?lang=de
Nur dank ihrer Arbeit konnten wir bisher Übersetzungen – u.a. von attac Frankreich – in Sand in Getriebe veröffentlichen!

Als Teil der BBC-Serie «Wer regiert unsere Welt?» bat die BBC-Nachrichten-Website zwei Experten, darüber zu debattieren, ob die globalen Unternehmen die Beherrscher der Welt sind.

Wer herrscht in diesem Dschungel?

Die Regierungen – oder die Konzerne?

«Die Macht der Unternehmen ist außer Kontrolle geraten und muss wieder gezähmt werden.», sagt **Walden Bello,** geschäftsführender Direktor von „Focus on the Global South“, einer Forschungs-, Analyse- und Vertretungsorganisation in Bangkok

«Regierungen, nicht Firmen, sind die mächtigsten Einrichtungen», widerspricht **Philippe Legrain**, Journalist, ehemaliger Berater des Ex-WTO-Bosses Mike Moore und Autor von 'Open World: The Truth About Globalisation' (Offene Welt: Die Wahrheit über die Globalisierung).

LIEBER PHILIPPE,

Beherrschen Unternehmen die Welt? Daran besteht kein Zweifel.

Wer verhinderte, dass die USA das Kyoto-Protokoll unterschrieben, trotz massiver Beweise, dass die globale Erwärmung eine Tatsache ist? Natürlich die Unternehmerlobby der USA.

Wessen Interessen befördert die Welthandelsorganisation (WTO), die mächtigste multilaterale Organisation, die je geschaffen wurde? Die Interessen der transnationalen Konzerne (TNC).

Seit den 80er Jahren treten **Finanzkrisen** öfter und öfter auf und der Ruf nach einer wirksamen globalen Finanzarchitektur mit einer starken Kapitalkontrolle wird immer lauter, um Destabilisierungen zu verhindern, wie z. B. die herdenartigen Fluchtbewegungen von Spekulationskapital. Jeder Schritt in diese Richtung aber wurde von der Unternehmerlobby abgewürgt: es fehlt jedwede Bremse für die destabilisierenden und blitzartigen Bewegungen des Finanzkapitals, obwohl sogar der prominente Wallstreet-Beobachter Robert Rubin, ein Verfechter der Deregulierung, voraussagt, dass «künftige Finanzkrisen praktisch unvermeidlich sind und sogar noch viel schlimmer ausfallen könnten.»

Tatsächlich sind alle Anstrengungen gescheitert, die Transaktionen transnationaler Konzerne (TNC) zu regeln. Als berüchtigtes Beispiel diene das UN-Zentrum für Transnationale Konzerne (UNCTC), eine Einrichtung zur Überwachung und Regulierung unternehmerischen Missbrauchs, die unter dem Druck der TNC demontiert wurde und in ein Büro zur Förderung ausländischer Investitionen umgewandelt wurde.

Die spektakulären Skandale um Enron, Arthur Andersen, WorldCom und vieler anderer konnten nur in einer **Atmosphäre fieberhafter Deregulierung** und extrem lascher Regierungskontrolle stattfinden, welche die Schutzwälle zwischen Management und Aufsichtsrat, Rechnungsprüfer und Geprüften, Börsenanalytikern und Börsenhändlern, Kommerz- und Investment Banken untergruben.

Zwar mussten einige Köpfe rollen, aber das waren nur rituelle Bestrafungen, denn viele TNC sind weiterhin gekennzeichnet durch korrupte und untransparente Praktiken. Reformen werden von einer mächtigen Unternehmerlobby verhindert, der sowohl Demokraten als auch Republikaner gleichermaßen **hörig** sind.

Unter der Bush-Administration hat die Vorherrschaft der Konzerne ihren Zenith erreicht. Diese Regierung versuchte auf Biegen und Brechen, 35 Jahre Umweltschutz-Gesetzgebung rückgängig zu machen und den Öl- und Energiemultis Naturschutzgebiete zur Ausbeutung zu öffnen.

Unter dem Druck von Seiten der US-Banken erstickte diese Regierung einen bescheidenen Ansatz zur Schaffung eines Gläubiger-Schutz-Programms für verschuldete Länder (wie Chapter 11 im Insolvenzrecht der USA). Dies hätte es Entwicklungsländern in Finanzkrisen erlaubt, Konkurs anzumelden und eine Reorganisation einzuleiten.

Diese Regierung zog ohne Skrupel in den **Krieg**, nicht zuletzt, um den befreundeten **Ölmultis** einen Gefallen zu tun, und schanzte schamlos anderen befreundeten Konzernen wie etwa Halliburton hochprofitable Rüstungs- und Zulieferverträge zu.

Diese Regierung unternimmt das **radikalste Privatisierungsexperiment** im besetzten **Irak**. Die Schaffung einer liberalen Gesetzgebung für eine freie Marktwirtschaft, die das ganze Land komplett für ausländische Investoren öffnen würde.

Vielleicht das beste Beispiel für die Arroganz und Korruption unkontrollierter Macht sind die **Pharma-Multis**. Sie sind die größten Nutznießer des drakonischen internationalen **Patentrechts**, des Übereinkommens über Handelsbezogene Aspekte der Rechte am geistigen Eigentum (**TRIPS**, Agreement on Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights). TRIPS legalisiert das **Monopol** der TNC **auf Schlüsseltechnologien** und erlaubt es ihnen, Wissen zu privatisieren, das von menschlichen Gemeinschaften über die Jahrhunderte gemeinsam entwickelt worden war.

Die Pharma-Multis haben in den letzten zehn Jahren versucht, die Bemühungen der Regierungen von Entwicklungsländern zu unterdrücken, die eine Lockerung der Patentrechte erreichen wollten, mit dem Ziel, antiretrovirale Medikamente für Millionen von HIV/AIDS-Patienten verfügbar zu machen.

Die Pharma-Multis verfügen über eine enorme Liquidität. Sie erwirtschaften ein Return on Investment von 20 %, was sie zur profitabelsten Industrie der USA macht. Das können sie deshalb, weil sie nicht nur antiretrovirale Medikamente teuer auf den Markt bringen, sondern auch andere Arzneimittel, darunter viele, die auch für kranke Menschen in den Industrienationen wie den USA lebenswichtig sind. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) schätzt, dass die meisten patentierten Medikamente im Handel das 20- bis 100fache ihrer Herstellungskosten erzielen.

Aber die Pharma-Multis sagen uns: Hallo, wir brauchen diese **Monopolgewinne** für Forschung und Entwicklung (F&E). Wirklich? Die Pharma-Multis haben kein großes Interesse mehr an F&E im Bereich von Krankheiten, unter denen viele der Völker dieser Welt leiden.

Obwohl Tropenkrankheiten die Haupttodesursache für die Weltbevölkerung sind, wurden nur 13 von 1233 neuen Medikamenten, die zwischen 1975 und 1997 auf den Markt kamen, spezifisch für **Tropenkrankheiten** zugelassen. **Arme Menschen haben wenig Marktmacht**. Das erklärt, warum derzeit so viele Ressourcen der Pharma-Multis in die Produktion und Verbesserung chemischer Spielzeuge wie Viagra investiert werden, für die in der Mittel- und Oberschicht enorme Nachfrage besteht.

LIEBER WALDEN

Großfirmen sind reich und mächtig – daran besteht kein Zweifel. Aber beherrschen sie die Welt? Sicher nicht.

Die größte Beschränkung unternehmerischer Macht kommt vom Wettbewerb. Eine Riesenfirma wie Vodafone ist nur darum erfolgreich, weil die Konsumenten ihre Produkte kaufen möchten. Wenn jemand Vodafone nicht mag, kann er zu Orange oder einem anderen Mobilnetzbetreiber wechseln.

Wenn es eine Firma wie Vodafone nicht schafft, ihre Kunden zufrieden zu stellen, wird sie schließlich eingehen oder aufgekauft werden. So geschah es mit der Midland-Bank, einst die größte Bank der Welt, sie gehört heute HSBC. Oder British Leyland, damals der drittgrößte Automobilproduzent der Welt, er wurde schließlich zur heute bankrotten Rover Group.

Natürlich ist der Wettbewerb nicht das Allheilmittel. Einige Unternehmen erreichen eine ungesunde Monopolstellung. Andere treffen Preisabsprachen. Firmen können ihre Mitarbeiter ausbeuten, die Umwelt verschmutzen, und so weiter. Deshalb müssen die Regierungen die Unternehmen oft regulieren – und das tun sie auch.

Unbestritten hat die Unternehmerlobby manchmal einen zu starken Einfluss auf die Kontrolle durch die Regierungen: Das TRIPS-Übereinkommen, das Sie in Ihrer Kritik herausgegriffen haben, ist ein gutes Beispiel dafür; aber trotz aller Schwächen ist es einfach nicht wahr, dass Regierungen immer, oder meistens, den Unternehmen zudienen. **Die Unternehmen bilden nur eine von vielen mächtigen Lobbies:** Bauern, Gewerkschaften und Pressure Groups haben ebenfalls großen Einfluss. Sie alle kämpfen um Einfluss auf Regierungsentscheidungen und möchten sich die Unterstützung von Wählern für ihre Anliegen sichern.

Nehmen Sie das Kyoto-Protokoll. Es stimmt, dass die Unternehmerlobby bei der Ablehnung durch die USA eine Rolle spielte – aber genauso wichtig war der weit verbreitete Glaube bei den amerikanischen Wählern, dass das Kyoto-Protokoll den US-Interessen abträglich sei. Wenn Unternehmen das Zepter in der Hand hätten, wie kommt es dann, dass die europäischen Regierungen das Protokoll unterzeichneten?

Die WTO ist ein gutes Beispiel dafür, wie Regierungen versuchen, die Macht der Konzerne in die Schranken zu weisen. Auch wenn der Nutzen der freien Marktwirtschaft die Kosten bei weitem überwiegt, finden es die Regierungen oft schwer, Handelsbarrieren zu senken. Unternehmen, welche die ausländische Konkurrenz fürchten, machen ihren Einfluss auf die Regierung stärker geltend als die vielen Millionen von Konsumenten, die von billigeren Importen profitieren.

Die WTO hilft dieses Dilemma zu lösen. Regierungen bieten die Öffnung der Inlandsmärkte im Tausch für verbesserten Zugang zu den ausländischen an. Das katalysiert die Unterstützung der Exporteure für die Liberalisierung, was den Widerstand der Industrien überwinden hilft, die sich im Import-Wettbewerb befinden. Am Ende profitiert die ganze Wirtschaft.

Es gibt genügend Beispiele dafür, wie **Regierungen die Interessen von Konzernen beschränken, statt sie zu fördern**. Im Jahre 2001 hinderte die europäische Kommission General Electric, das größte Unternehmen der Welt, daran, Honeywell aufzukaufen. Sie hat auch Microsoft dafür bestraft, dass sie ihr Monopol auf Computer-Betriebssysteme missbrauchte.

Regierungen regulieren das Verhalten von Unternehmen auf viele Arten. Unternehmen müssen ihren Angestellten einen Mindestlohn zahlen, ein gesundes und sicheres Arbeitsumfeld bieten, und dürfen Frauen und Minoritäten nicht diskriminieren.

Seitdem die Labour Party 1997 an der Macht ist, hat die britische Regierung die Unternehmenssteuern angehoben und viele neue Regelungen eingeführt.

Im Allgemeinen müssen die Firmen Gewerkschaften zulassen und Arbeitern, die sie entlassen wollen, eine Kündigungsfrist einräumen und eine Entschädigung zahlen. Sie müssen Umweltschutzstandards einhalten, wie viel sie emittieren dürfen und wie viel sie wiederverwerten müssen.

Für Nahrungsmittel und Medikamente braucht es einen Unbedenklichkeitsnachweis. Verbraucherschutzgesetze definieren Richtlinien für die Werbung und regeln die Rechte auf Rückerstattung. Produkthaftungsgesetze machen Unternehmen für alle Schaden haftbar, die ihre Produkte anrichten können. Eine ganze Reihe von Industriezweigen wie Wasser, Elektrizität, Telekommunikation, Banken und Rundfunk sind noch viel strenger reguliert.

Seitdem die Labour Party seit 1997 an der Macht ist, hat die britische Regierung die Unternehmenssteuern angehoben und viele neue Gesetze eingeführt, etwa den Mindestlohn. Wenn die Konzerne die Welt beherrschen würden, dann hätten sie das sicher verhindert, oder?

Und was sich Regierungen nicht trauen, das trauen sich Anwälte. In Amerika musste die Tabakindustrie nach erfolgreichen Sammelklagen über 150 Mrd. US-$ zahlen, und ein Gericht hat eben erst angeordnet, dass der Pharma-Gigant Merck 253 Mio. US-$ Wiedergutmachung an eine Frau für den Schaden zahlt, den ihr das Medikament Vioxx zugefügt hat. So viel zur «unkontrollierten Macht» der Pharma-Multis.

LIEBER PHILIPPE

Die erfolgreiche Sammelklage gegen die Tabakmultis oder der Vioxx-Vergleich, die Sie erwähnen, widersprechen der Tatsache keineswegs, dass Unternehmen die mächtigsten Einrichtungen unserer Zeit sind.

Von Regierungen wird zu allermindest erwartet, dass sie Leib und Leben ihrer Bürger beschützen. Merck und die Zigarettenunternehmen brachten die öffentliche Gesundheit und Sicherheit auf skrupellos kriminelle Art in Gefahr. Der Staat selbst hätte seine Legitimität verloren, wenn er nicht gehandelt hätte.

In Wirklichkeit jedoch eignen sich die beiden Beispiele gar nicht, um die Schwäche der Konzerne zu zeigen, sondern illustrieren vielmehr ihre Macht. Setzt man den unbestreitbaren Zusammenhang zwischen Krebs, Herzinfarkt sowie anderen Krankheiten und dem Zigarettenrauchen als gegeben voraus, müssten Zigaretten heute als streng kontrollierte, gefährliche Substanz eingestuft sein. Stattdessen wirbt die Zigarettenwerbung ungehindert weiter und bringt König Tabak auch weiterhin satte Profite.

Und seien wir mal ehrlich: der Vioxx-Vergleich ist mit 253 Mio. US-$ doch nur ein Nasenstüber für ein unermesslich profitables Unternehmen, wenn man bedenkt, dass ein Bericht der US Lebensmittel- und Medikamenten-Behörde schließt, dass das Arthritis-Schmerzmittel, seitdem es 1999 auf dem Markt kam, geschätzte 27.785 Herzattacken und Todesfälle mit verursacht haben könnte.

Sollten sich diese Zahlen schließlich als richtig erweisen, sollten die Mercks Manager strafrechtlich verfolgt und eingesperrt werden wegen grober Fahrlässigkeit, krimineller Fälschung von Beweisen, Verschwörung und mehrfachen Totschlags.

Tatsache ist, dass **das Regelwerk**, das in den USA zwischen 1930 und 1970 entstand, um Arbeiter, Konsumenten, die Umwelt und Kleinunternehmen ein wenig zu schützen, unter dem Druck der Konzerne während der letzten zweieinhalb Jahrzehnte **dramatisch ausgehöhlt** wurde.

Das Glass Steagall Gesetz, das Kommerzbanken verbot, sich im Wertpapierhandel zu betätigen, wurde zuerst von der Notenbank (Fed) unterminiert. Sie erlaubte es den Kommerzbanken, Investmenthäuser einzurichten, und 1999 wurde dieses Gesetz ganz aufgehoben, zur großen Freude von Wallstreet.

Wegen wettbewerbswidriger Praktiken verfügte ein Bezirksrichter 1999 über **Microsoft**, dass die Firma in zwei Firmen aufgespaltet werden sollte, was 2002 vom Justizministerium der Regierung Bush rückgängig gemacht wurde. So kam Microsoft ohne jede Strafe weg, nur gerade mit einer Warnung, dass die Regierung der Firma fortan über die Schulter sehen werde.

Bei diesem Widerstand in Washington, die Anti-Trust-Gesetze durchzusetzen, ist es da erstaunlich, dass sich gesetzwidrige Absprachen und Monopolismus während der letzten zwei Jahrzehnte fröhlich entwickelten. Darin waren beileibe nicht nur Drängler wie Enron und WorldCom verwickelt, sondern Dutzende von Blue-Chip-Giganten wie Citigroup, Times Warner und Merrill Lynch?

Was die **Rechte der Arbeitnehmer** betrifft, so haben zweieinhalb Jahrzehnte des Kampfes der Regierung gegen die Gewerkschaften, die Missachtung von Gesetzen zum Recht auf Arbeit, Schwarz-Unternehmertum und unkontrolliertes Outsourcing den Organisationsgrad der Gewerkschaften in den USA von 25 % in den frühen Siebziger Jahren auf höchstens 13 % heute reduziert.

Heute ist die Arbeiterbewegung in England nur mehr ein Schatten dessen, was sie vor der gewerkschaftsfeindlichen und unternehmerfreundlichen Regierung von Margaret Thatcher war. Wenn wir aber im Norden von einer Erosion der Regulierung der Konzerne sprechen, so stellen wir fest, dass in der Welt der Entwicklungsländer eine effiziente Regulierung überhaupt fehlt.

Die Regierungen wagen es weder, Umweltschutz- und Arbeitsschutzgesetze durchzusetzen, noch Druck für gerechte Löhne und für die Einhaltung der Rechte der Gewerkschaften auszuüben, aus Angst, ausländische Investoren könnten einfach die Koffer packen und ins Nirwana der Konzerne, nach China verschwinden.

Sie sagen, die stärkste Beschränkung für Unternehmen sei der Markt. Erzählen Sie das den Millionen von Amerikanern, die verzweifelt über die Schwindel erregenden Preise für lebenswichtige Medikamente, die vom klassischen **Oligopol der Pharma-Multis** festgesetzt wurden, sich nur noch damit zu helfen wussten, dass sie über die kanadische Grenze gingen, wo sie dieselben Produkte für nur einen Bruchteil des Preises einkaufen konnten.

Erzählen Sie das den Autokäufern rund um die Welt. Ihre Wahlmöglichkeiten sind 2004 geschrumpft auf die veralteten Vehikel von **14 Automobilkonglomeraten, die fossile Brennstoffe verbrennen,** verglichen mit den ähnlichen Produkten von rund 30 führenden selbständigen Herstellern vor zwei Jahrzehnten.

Und wenn wir schon beim Thema **Klimawandel** sind: war die Unterzeichnung des Kyoto-Protokolls durch die Europäischen Union ein Zeichen der Schwäche der Unternehmen, wie sie schließen? Wohl kaum.

Wie wir alle wissen, sind die **Reduktionsziele für die Emissionen gefährlich bescheiden,** angesichts der Größenordnung des Problems. Die europäischen Unternehmen wissen, dass sie diese Ziele ohne große Auswirkungen auf ihre Profite einhalten können, und diese geringen Kosten werden durch die positiven Public Relations mehr als wettgemacht.

Die unterschiedlichen Reaktionen auf Kyoto zeigen, dass die europäischen Unternehmen möglicherweise raffinierter sind als die amerikanischen, aber nicht, dass sie weniger mächtig sind.

Die Macht der Unternehmen ist außer Kontrolle. Sie muss bezähmt werden. Das wird nicht der Markt leisten können, sondern nur die gemeinsamen Anstrengungen von Regierungen und der globalen Zivilgesellschaft.

LIEBER WALDEN

Regierungen, nicht Firmen, sind die wichtigsten Einrichtungen unserer Zeit.

Sogar die größten Firmen müssen sich dem Wettbewerb aussetzen, um Kapital und Arbeitnehmer anzuziehen, die frei sind, auch anderswohin zu gehen. Sie müssen mögliche Aktionäre und Geldgeber überreden, ihnen Geld zu geben, und Leute überzeugen, dass sie zu ihnen arbeiten kommen und auch bei ihnen bleiben.

Die Regierungen können Regeln für Personen und Firmen festlegen und von beiden Steuern einheben.

Sie müssen zudem Kunden bei der Stange halten, damit diese genug von dem, was sie produzieren, zu einem Preis kaufen, der ausreicht, damit das Unternehmen genügend Profit macht, um den Aktionären und Arbeitern ein akzeptables Einkommen zahlen zu können. Wenn sie das nicht schaffen, gehen sie zugrunde oder werden aufgekauft.

Die Regierungen anderseits können Regeln für Personen und Firmen festlegen und von beiden Steuern einheben. General Motors, Amerikas größter Autohersteller, muss sich an die lokalen Benzinspar- und Produktsicherheits-Standards halten, wo immer er Autos verkaufen möchte. Exxon, Amerikas größte Ölgesellschaft, bezahlt sogar im kleinen Luxemburg Steuern. Wenn Exxon ein Ölfeld in Algerien ausbeuten würde, könnte die algerische Regierung sie besteuern, oder sogar verstaatlichen. Sogar Bananenrepubliken können ihre Bürger verhaften oder rekrutieren um Kriege zu führen.

Die gesamte finanzielle Schlagkraft von Wallstreet konnte die Zerstörung des World Trade Centers nicht rächen; aber die amerikanische Regierung konnte es. Eine Handvoll Staaten kann die Erde in die Luft sprengen. Und leider verschwinden nur ganz selten Staaten, die ihren Bürgern nicht einmal die grundlegendsten Dinge bieten — wie Nahrung und Sicherheit, geschweige denn Wohlstand und Freiheit.

Die einzigen «Konzerne», die annähernd vergleichbare Macht wie Staaten haben, sind die Drogenkartelle. Das kolumbianische Drogenkartell verdient Milliarden von Dollars jedes Jahr, kontrolliert einen Teil des Landes, hat eine Privatarmee und operiert außerhalb der Gesetze.

Sie behaupten, Tabak- und Pharma-Gesellschaften seien nicht streng reguliert. Aber das ist Unsinn. Tabakkonzerne müssen mit immer drakonischeren Regulierungen leben, mit immer auffälligeren Gesundheitswarnungen und einem Werbeverbot in Europa, während Raucher immer mehr daran gehindert werden, sich in der Öffentlichkeit eine anzustecken.

Was den Vioxx-Vergleich betrifft, so sind die 253 Mio. US-$ zweifellos erst der Anfang einer langen Serie von Klagen, mit der Merck konfrontiert werden wird.

Tatsächlich würden viele behaupten, dass Regierungen zu viel regulieren, nicht zu wenig. Raucher beschweren sich über die unzumutbar hohen Zigarettenpreise und die örtlichen Beschränkungen, wo sie ihrer Gewohnheit nachgehen dürfen. Patienten, die auf neue lebensrettende Medikamente warten, murren über die langen und kostspieligen Verzögerungen, die die langwierigen von den Regierungen geforderten Sicherheitstests bewirken. Die überwältigende Mehrheit der Vioxx-Patienten, die von dem Medikament ohne schädliche Nebenwirkungen profitiert haben, beklagen, dass es zurückgezogen wurde.

Etwas allgemeiner: Viele machen die Bürokratie, welche die Unternehmen knebelt, für die hohe Arbeitslosigkeit in Frankreich und Deutschland verantwortlich. Die hohen Preise, welche die Amerikaner für die Medikamente zahlen, sind zum großen Teil ein Ergebnis der von der Regierung geschützten Patente, die den Konzernen das Recht geben, Medikamente, die sie entwickeln, für 20 Jahre exklusiv zu verkaufen.

Ob sie der Auffassung sind, die Regierungen regulieren zu streng oder zu locker, so gibt es doch keinen Zweifel daran, dass es ihnen möglich ist, Unternehmen zu regulieren — und dass also Unternehmen sich nicht jener uneingeschränkten Macht erfreuen, wie Sie behaupten.

Sie schließen mit: « Die Macht der Unternehmen muss bezähmt werden. Das wird nicht der Markt leisten können, sondern nur die gemeinsamen Anstrengungen von Regierungen und der globalen Zivilgesellschaft.» Wenn Regierungen, wie Sie selber zugeben, noch immer Unternehmen zähmen können, dann sind die Unternehmen klarerweise nicht die Beherrscher dieses Dschungels.

Walden Bello *ist Professor für Soziologie an der Universität der Philippinen.*
Er ist Autor von 15 Büchern, einschließlich des kürzlich veröffentlichten „Dilemmas of Domination: the Unmaking of the American Empire“ (New York: Henry Holt, and Co., 2005). (Dilemma der Vorherrschaft: der Zerfall des amerikanischen Imperiums).
Er erhielt 2003 den Right Livelihood Award (auch bekannt als Alternativer Nobelpreis) für seine Arbeit zum Thema Globalisierung.

Philippe Legrain *schreibt über Globalisierung und europäische Themen. Er war früher Sonderberater des Generaldirektors der WTO, Mike Moore. Davor war er Handels- und Wirtschaftskorrespondent für The Economist.*

Übersetzung: Dominik WEZEL, Herbert KASER, ehrenamtliche ÜbersetzerInnen coorditrad@attac.org

Attac Österreich zum Global Marshall Plan (GMP)
Eurozentrismus statt selbstbestimmte Entwicklungswegsstrategien

Attac wird häufig um Positionierung zum Global Marshall Plan gebeten. Die GMP Initiative (www.globalmarshallplan.org) erhebt den Anspruch, die durch die neoliberale Globalisierung unterstützten Probleme, wie die Zunahme von Armut, Nord-Süd-Verteilungsfragen, Migration, Terror, Kriege, kulturelle Konflikte und Umweltkatastrophen durch ein „verbindliches globales Rahmenwerk für die Weltwirtschaft, das die Wirtschaft mit Umwelt, Gesellschaft und Kultur in Einklang bringt" lösen zu können. Attac hält zunächst positiv fest, dass die Initiative dazu beiträgt, öffentliche Aufmerksamkeit für die grundlegenden Ziele Armutsbekämpfung und Umweltschutz zu schaffen. Es bestehen auch eine ganze Reihe von inhaltlichen Übereinstimmungen mit Attac Positionen und ein Großteil der Attac Forderungen wurden übernommen. Wie wir in der Folge zeigen, sind wir jedoch in sehr zentralen Punkten weder mit der Analyse, noch der Strategie und den Empfehlungen einverstanden. Attac distanziert sich daher vom Global Marshall Plan.

Attac kann den GMP aus folgenden Gründen nicht unterstützen:

1. Das Vertrauen in Liberalisierungen als Entwicklungsstrategie

Der GMP hält an Marktöffnung, Wettbewerb und Wirtschaftswachstum als primären wirtschaftspolitischen Strategien fest. Attac sieht darin nur dann ein legitimes Mittel, wenn diese tatsächlich dazu beitragen, eine gerechte Verteilung von Ressourcen, Gütern und Dienstleistungen, soziale Sicherheit für alle Menschen, den Erhalt einer lebenswerten Umwelt für künftige Generationen sowie die Eliminierung der global bestehenden Armut voran zu treiben. Nach den Erfahrungen der letzten 20 Jahre hat sich das Vertrauen auf Marktöffnung, Wettbewerb und Wirtschaftswachstum für die Erreichung dieser Ziele vielfach als ungeeignet und zum Teil als kontraproduktiv erwiesen. Diese Lehren zieht der GMP nicht.

2. Eurozentrismus statt selbstbestimmten Entwicklungswegsstrategien

Attac vermisst am GMP einen pluralistischen Ansatz, der unterschiedliche Wirtschaftsmodelle zulässt. Der „Global Marshall Plan für eine weltweite Ökosoziale Marktwirtschaft" ist vielmehr bestrebt unser westliches Wirtschafts- und Gesellschafts-system auf die ganze Welt zu übertragen. Der Ruf nach „Stärkung der eigen-verantwortlichen und unternehmerischen Fähigkeiten jedes Einzelnen" entspricht einem neoliberalen Menschenbild. Alterna-tive Formen von Ökonomie wie die Option solidarischen, kooperativen Wirtschaftens werden ausgeblendet, was im Widerspruch zu solidarischen und kooperativen Bekenntnissen des GMP steht. Die Frage was Europa von anderen Erdteilen lernen kann, wird nicht gestellt. Die Forderung zur globalen Durchsetzung einer Marktwirtschaft nach europäischem Vorbild ignoriert dabei, dass ungefähr ein Drittel der Weltbevölkerung noch immer in nichtkapitalistischen, nichtmarktwirtschaftlichen Gesellschaftsmodellen lebt. Ob Integration in den Weltmarkt für alle diese Menschen die beste Strategie darstellt, ist fraglich und sollte jedenfalls von ihnen selber entschieden werden.

3. Ausblendung von Zielkonflikten

Um niemanden vor den Kopf zu stoßen, werden alle Vorschläge im GMP generell als Win-Win Lösung präsentiert. Auch wo dies völlig unhaltbar ist. So ist es wissenschaftlich nicht haltbar zu behaupten, dass sich eine Vervielfachung des Weltsozialproduktes durch ein „globales Wirtschaftswunder" mit der Beschränktheit der Ressourcen der Erde verträgt. Wir leben in einer Welt in der ein Fünftel der Menschen 4/5 der Ressourcen verbrauchen und 3 Privatpersonen ein Vermögen besitzen, welches das zusammengerechnete BSP von 48 Staaten übersteigt. (Vgl. u.a. http://www.einefueralle.at) Ein Wandel zu einer Nachhaltigen Entwicklung kann nicht über ein „globales Weltwirtschaftswunder" geschehen und es ist falsch, dass alle materiell gewinnen würden.

4. Ausblendung der Machtungleichgewichte

Der GMP erkennt zwar Interessensgegensätze zwischen Industrie und Entwicklungs-nationen – die vorgeschlagene Lösung beschreibt jedoch nur, was ohnedies gefordert wird: der Süden soll als Gegenleistung für Strukturhilfen und erleichterten Marktzugang den Forderungen des Nordens nach Handelsliberalisierungen sowie Umwelt- und Sozialstandards zustimmen. Diese Forderungen sind jedoch nicht neu und werden seit jeher bei allen internationalen Verhandlungen gestellt. Der Punkt ist viel mehr, dass es Industrienationen gelang, einseitig ihre Interessen an Marktöffnung für ihre Konzerne weltweit durchzusetzen. Der GMP verurteilt nicht den Einfluss internationaler Konzerne bei solchen Verhandlungen über internationale Abkommen (z.B: GATT, MAI, GATS, TRIPS). Obwohl zwar rhetorisch der Marktfundamentalismus erfreulicher Weise verurteilt wird, vertraut der GMP letztlich wieder auf die gleichen Institutionen wie die Weltbank, den IWF und die WTO und möchte Ihre Rolle sogar noch stärken.
Aus der Sicht von Attac ist es notwendig, Zielkonflikte (wie eben Wirtschaftswachs-tum und Umweltverbrauch) unverschönt offen zu legen. Weiters ist eine unbeschönte Analyse der realen Machtverhältnisse und Interessensgegensätze zwischen Industrie- und Entwicklungsländern, aber auch zwischen den sozialen Schichten innerhalb der Staaten eine Mindestvoraussetzung für eine Reformdiskussion, die nicht an der Realität vorbei geht.

5. Fehlende Zusammenarbeit mit Süden und sozialen Bewegungen

Die Zusammenarbeit mit den Menschen, denen der GMP eigentlich nützen will, ist nicht erkennbar. Der GMP ist eine Top-Down Initiative des Nordens, welche nicht von Millionen Betroffenen und sozialen Bewegungen des Südens ausgeht, sondern von politischen Eliten des Nordens. Obwohl er viele Forderungen übernimmt, erklärt er sich auch nicht solidarisch mit der weltweiten globalisierungskritischen Bewegung (Frauen-, Ökologie-, Landlosenbewegung usw.), die sich bei den Weltsozialforen versammelt.

6. Keine Genderperspektive

Der GMP setzt es sich zum Ziel, die Armut auf der Welt zu bekämpfen. Diese Armut ist weiblich. Dies wird vom GMP weder in der Analyse benannt noch in den Forderungen entsprechend berücksichtigt.

7. Fehlendes Eintreten für öffentliche Dienstleistungen und gegen Privatisierungen

Attac vermisst jegliche Forderung nach einem Privatisierungsstopp wie auch ein Eintreten für den Erhalt öffentlicher Dienst-leistungen. Im Gegenteil werden Kernsätze der Privatisierungsbetreiber im GMP übernommen. Die „Stärkung der eigen-verantwortlichen und unternehmerischen Fähigkeiten jedes Einzelnen" - welche stets als Begründung für die Auflösung von solidarischen Sicherungssystemen dient – ist eine zentrale Forderung der GMP Initiative.

8. Allheilbringende Direktinvestitionen:

Ausländische Direktinvestitionen werden undifferenziert als Allheilmittel dargestellt, die oftmals problematischen Auswirkungen auf Entwicklungsländer werden verschwiegen. Investitionen können sowohl Wohlstand wie auch Verarmung bringen, wie seit Jahren im World Investment Report der UNCTAD nachgelesen werden kann. So geht es etwa bei den meisten Investitionen in den ärmsten Entwicklungsländern um Rohstoffabbau, wo Umweltzerstörung, fehlende Wertschöpfung, fehlende Budgetmittel durch Steuerbefreiungen für ausländische Unternehmen und soziale Konflikte um Land und Ressourcen oft Hand in Hand gehen.

9. Vertrauen in CSR

Grundsätzlich vertraut der GMP u.a. auch in die freiwillige Selbstverpflichtung aller Akteure (CSR, Global Compact). Attac sieht in unverbindlichen Selbstverpflichtungen größtenteils bessere PR Initiativen und tritt für demokratisch festgelegte und verbindliche gesetzliche Regelungen ein.

10. Systemstützung

Das Europäische Wirtschaftsmodell soll weltweit ausgedehnt und so eine globale Marktwirtschaft durchgesetzt werden, wenn auch sozial und ökologisch entschärft. Grundlegende kapitalistische Glaubenssätze wie Wettbewerb, Marktliberalisierung und Privatisierung werden hingegen nicht aufgegeben. Letztlich versäumt der GMP damit strukturelle Ursachen für Umverteilung, Naturausbeutung und die Erpressung schwacher Interessensgruppen zu benennen und ihnen zu entgegnen. Die Aufhebung der globalen Machtungleichgewichte wird nicht angestrebt. Die herrschende Weltwirtschaftsordnung sowie die Ideologie des Neoliberalismus werden damit zwar rhetorisch kritisiert – in den konkreten Forderungen jedoch gestützt und in einigen Bereichen sogar gefördert.

Konklusio

Eine grundsätzliche Systemkritik wie sie Attac und viele globalisierungskritische Gruppen weltweit erheben, führt zu keinen schnellen Win-Win-Versprechungen. Es führt aus der Sicht von Attac aber auch keine Abkürzung an einer unverschönten Systemkritik und –reform vorbei. Daher kann Attac den GMP nicht unterstützen.

Der Vorstand im Auftrag der bundesweiten AktivistInnenversammlung, **10.2.2006**

Links:http://www.attac.at
http://www.globalmarshallplan.org
http://www.oneworld.at/AGEZ/Positionspapier%20GMP%20November%202004.pdf

Norbert Kollenda Attac-Rat/AG Internationales

Demonstration in Polen

Für öffentliche Schulen, ein gebührenfreies Studium und einen sozialen Staat!

Unter dieser Losung versammelten sich am Samstag den 24.6. über 2 500 Demonstranten vor dem Warschauer Parlament. Aufgerufen hatte dazu das „Komitee zur Hilfe und Verteidigung von Repression betroffener Arbeiter" (KPiORP).

Es waren viele Gruppierungen von Schülern, Lehrern, Studenten und Arbeitern aus ganz Polen dem Aufruf gefolgt. Neben der Gewerkschaft „Sierpien 80" waren leider andere Gewerkschaften nicht erkennbar.
Der Auslöser für diese Demonstration war die Berufung des nationalkatholischen Parteichefs der „Liga Polnischer Familien" (LPR) und Mentor der patriotischen Jugend „Allpolen" Roman Giertych ins Kabinett und damit zum Bildungsminister. Dieser Mensch lässt die Schüler und Menschen befürchten, dass sie in einen Drill von Gehorsam, Vorurteil und Rassismus kommen. Wie ein Arbeiterführer erklärte, bräuchten sie in den Betrieben aufrechte und nicht krummgebogene Jugendliche, die sich in den Kampf der Arbeiter einreihen. Deswegen wäre der Kampf der Schüler auch ein Kampf der Arbeiter. Eine Feministin erklärte, dass die Frauen sich nicht als Gebärmaschinen für Soldaten missbrauchen ließen. Ein anderer Redner dankte der Regierung, dass sie Giertych berufen hätte, denn diese Personalentscheidung hätte, wie keine andere, den Unmut der Menschen befördert und sie mobilisiert, sodass nun Arbeiter und Schüler gemeinsam kämpfen würden. Aber es wurde auch daran erinnert, dass Giertych ein Rädchen der16 Jährigen neoliberaler Regierungspolitik wäre. Was Balcerowicz als Finanzminister angefangen und von allen Regierungen – egal welcher Couleur - fortgeführt worden wäre, würde sich jetzt ganz primitiv und deutlich zeigen.
Der Demonstrationszug zog durch die Innenstadt zum Sitz des Präsidenten, wo die Abschlusskundgebung stattfand. Am Schluss intonierten die paar Männer der KPP (Kommunistische Partei Polens) die Internationale. Die anderen stimmten erst zaghaft, aber dann auch kräftiger mit ein. „...auf zum letzen Gefecht" ? meinte Bogus³aw Ziêtek, der Vorsitzende der Partei der Arbeit (PPP) und Chef der Gewerkschaft „Sierpien 80", „meine Lieben uns stehen noch viele Gefechte bevor, viele Kämpfe werden wir noch führen müssen, das war erst der Anfang, aber das war auch ein guter Anfang!"
Wer bei uns an so manchen Demos teilgenommen hat, für den werden 2 500 Demonstranten nicht viel sein. Aber die Veranstalter waren zufrieden. Für ihre Verhältnisse war es eine größere Demo und vor allen Dingen haben Schüler und Arbeiter miteinander demonstriert! KPiORP entstand vor nicht einmal einem halben Jahr und ist jetzt schon populär. Erst vor zwei Wochen wurden in 24 Städten Protestkundgebungen veranstaltet. Sie wollen den Arbeitern Mut machen sich nicht alles gefallen zu lassen. Gemeinsam mit anderen NGO' s errichten sie in vielen Städten Büros, in denen sich Arbeiter und Entlassene Rat holen können.

ATTAC Frankreich

Zeitlich begrenzter Arbeitsvertrag (Contrat à Durée Déterminée - CDD), Zeitarbeit, Neueinstellungsvertrag (Contrat Nouvelle Embauche - CNE), Ersteinstellungsvertrag (Contrat Première Embauche - CPE) ……

Gibt es Alternativen zu unsicheren Beschäftigungsverhältnissen und zur Arbeitslosigkeit?

Der historische Ausmaße erreichende soziale Kampf vom Frühling 2006 gegen den Ersteinstellungsvertrag (Contrat Première Embauche – CPE) war die erste Gesamtmobilisierung der Jugend und der abhängig Beschäftigten gegen Arbeitslosigkeit und unsichere Arbeitsverhältnisse. Diese soziale Bewegung, die Studenten, Oberschüler und abhängig Beschäftigte sowie Arbeitslose vereinte, hat gezeigt, dass man die Regierung in einem entscheidenden Punkt zum Rückzug zwingen kann. Es war möglich, weil die Bewegung einig war und wegen der Mobilisierungsfähigkeit der Gewerkschaften – und dies obwohl der Kampf gegen die Zerschlagung der Renten- und Krankenversicherung kürzlich gescheitert war.

Soziale Unsicherheit (unsichere Arbeitsplätze, Wohnungsprobleme, etc.), nagt seit dreißig Jahren an den Fundamenten der Gesellschaft. Sie ist die wesentliche Ursache für die Verschärfung der Ungleichheit; sie beeinträchtigt die Fähigkeit, Widerstand zu leisten, für soziale Erneuerung einzutreten und schwächt alle sozialen Kämpfe. Die Jugend, aber auch Frauen, Migranten, „unten stehende" abhängig Beschäftigte (Arbeiter, Angestellte) sind besonders betroffen.
Soziale Unsicherheit gefährdet die Demokratie: Angst, Rassismus, der Hang ethnischer und religiöser Gruppen, sich von der Gesellschaft abzuschotten spielen den Anhängern autoritärer « Lösungen » in die Hände.
Der Kampf gegen Arbeitslosigkeit und unsichere Arbeitsverhältnisse ist ein entscheidender Kampf, in Frankreich, in Europa und in der Welt. Die soziale Bewegung muss ihre eigenen Lösungsvorschläge vorbringen. Unsichere Beschäftigungsverhältnisse können auf keinen Fall eine Antwort auf die Arbeitslosigkeit sein. Weder unsichere Arbeitsverhältnisse noch Arbeitslosigkeit können beseitigt werden ohne die vom Finanzkapital auferlegte Aufteilung der Reichtümer in Frage zu stellen.
Eine Änderung der Politik ist unerlässlich - dem Recht auf Arbeit, das theoretisch in der französischen Verfassung verankert ist, muss Geltung verschafft werden. Und es geht nicht um irgendwelche Arbeit: es geht um eine festen Arbeitsplatz, mit normaler Entlohnung, mit akzeptablen Arbeitsbedingungen, um Arbeit, die auf die Herstellung nützlicher und nachhaltiger Produkte ausgerichtet ist. Das ist möglich! Um zur Debatte beizutragen stellt Attac hier seine Analysen und Vorschläge vor.

1. Die Flexibilisierung gibt es schon

Seit 20 Jahren dereguliert die neoliberale Politik unaufhörlich den Arbeitsmarkt, der heute von unsicheren Beschäftigungsverhältnissen durchzogen und vergiftet ist. Die Flexibilisierung existiert schon in großem Ausmaß in Form von Zeitarbeit, zeitlich begrenzten Arbeitsverträgen (CDD), Zwangsteilzeitarbeit, Praktika und Kombilohnmodellen. In Frankreich ist die Zahl dieser unsicheren Beschäftigungsverhältnisse innerhalb 20 Jahren um 2,5 Millionen gestiegen: 1.700.000 Arbeitnehmer sind in zeitlich begrenzten Arbeitsverträgen (CDD) beschäftigt; 500.000 Lohnabhängige arbeiten täglich im Rahmen von Zeitarbeitsverträgen. In den unsicheren Beschäftigungsverhältnissen ist die Jugend in der Mehrheit.

Jedes Jahr werden 800.000 bis 900.000 Arbeitnehmer entlassen, die meisten von ihnen stehen in „unbefristeten Beschäftigungsverhältnissen" (Contrat à Durée Indéterminée - CDI), drei Viertel davon aus „persönlichen Gründen", ein Viertel aus „wirtschaftlichen Gründen". In neun von zehn Fällen ist das Verfahren sehr einfach (außer bei Massenentlassungen): ein Gespräch, dann die Versendung eines Entlassungsschreibens, in dem die Entlassungsgründe genannt werden. Die Kosten für die Entlassung eines Beschäftigten aus einem unbefristeten Arbeitsverhältnis (CDI) während der ersten zwei Jahre sind praktisch gleich Null. Dann erhöhen sich die Kosten fortschreitend und können bis zu einem oder zwei Jahresgehältern bei Beschäftigten mit bestimmten Rechten wegen der Länge der Bebriebszugehörigkeit gehen. Das sind keine Summen, die die Unternehmen ruinieren könnten, die unter Profiten zusammenbrechen.
„Ja, Entlassungen sind einfach, aber die Risiken vor den Gerichten sind groß", antworten die Anwälte der Flexibilisierung. Es ist die berüchtigte „juristische Unsicherheit", über die sich der Medef (Französischer Arbeitgeberverband) dauernd beklagt. Aber schon der Begriff „juristische Unsicherheit" ist anfechtbar. Im Übrigen können die Zivilrichter sich nur zu den Sozialplänen äußern, die Entlassungen von mindestens 10 abhängig Beschäftigten aus wirtschaftlichen Gründen in den großen Unternehmen betreffen, das sind kaum mehr als 10 % der Gesamtzahl aller Entlassungen.
Was die Entlassungen aus „persönlichen Gründen" angeht, so ist nur ein Fünftel Gegenstand einer Klage vor den Arbeitsgerichten.
Die Zunahme der Streitfälle in der jüngeren Zeit resultiert aus dem rasanten Anstieg der „Entlassungen aus persönlichen Motiven": + 60% zwischen 2000 und 2003. Denn die Personalverwaltungen haben gelernt, die gesetzlichen Bestimmungen über die Sozialpläne zu umgehen, indem sie Entlassungen „aus wirtschaftlichen Gründen" durch Entlassungen „wegen Verfehlungen" oder „wegen beruflicher Unfähigkeit" ersetzen.
Dominique de Villepin wollte mit dem Neueinstellungsvertrag (CNE) und dem Ersteinstellungsvertrag (CPE) die Verpflichtung abschaffen, die Entlassung zu begründen. Aber was den Ersteinstellungsvertrag (CPE) angeht, so hat die „Straße" ihn ein Eigentor schießen lassen. Im Übrigen wird eine Klage in Sachen Neueinstellungsvertrag (CNE) vorbereitet.

2. Keine zusätzlichen Arbeitsplätze, aber ein Höhenflug der finanziellen Profite

Der Neueinstellungsvertrag (CNE) schafft keinen einzigen zusätzlichen Arbeitsplatz, aber er wandelt sichere Beschäftigungsverhältnisse in unsichere um. Internationale Vergleiche geben keinerlei Hinweise auf einen Zusammenhang zwischen der Flexibilität von Beschäftigungsverhältnissen und der Leistung des „Arbeitsmarktes". Unter den europäischen Ländern, deren Beschäftigungspolitik gute Erfolge zeigt, haben einige Arbeitsverträge, die die Beschäftigten schützen: das ist in Schweden der Fall, wo das Entlassungsverfahren streng geregelt ist. Andere Länder wie Großbritannien kennen hingegen eine hohe Flexibilität. Gewiss ist die Beschäftigung in Großbritannien gestiegen, aber nicht viel schneller als in Frankreich, und der Rückgang der Arbeitslosigkeitsrate hängt vor allem mit der Entmutigung zahlreicher Arbeitsloser zusammen, die keine Beschäftigung mehr suchen, sowie mit der Aufblähung der Kategorie „arbeitsunfähig".
Was das dänische „Modell" betrifft, das leicht vorzunehmende Entlassungen mit sehr hohen Arbeitslosenunterstützungen kombiniert, so ist es zweifellos ein interessantes Modell, aber es existierte schon zu

Beginn der neunziger Jahre, als Dänemark eine zweistellige Arbeitslosenquote hatte. Außerdem stieg von 1993 bis 2003 mit dieser berühmten Kombination von Flexibilität und hoher Arbeitslosenunterstützung die Beschäftigung in Dänemark um 6 %, während Frankreich mit seinem angeblich veralteten „Sozialmodell" und seiner 35-Stunden-Woche „nur" 11% zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen hat… Durch Aufblähen der Vorruhestands- und der Fort- und Weiterbildungsmöglichkeit verringerte Dänemark seine Arbeitslosigkeit, auch indem es - wie die Niederlande - 12% der erwerbsfähigen Bevölkerung als erwerbsunfähig bezeichnete.

Ob es Langzeitarbeitslose (in Frankreich), Arbeitsunfähige (in den Niederlanden) oder Entmutigte (in Großbritannien) sind, ob es Beschäftigte mit befristetem Vertrag (CDD), Zeitvertrag oder mit einem „Wegwerfvertrag" sind, die Ausgeschlossenen und die unsicher Beschäftigten sind Opfer des gleichen unerbittlichen Wirtschaftssystems, das nur die kurzfristige finanzielle Rentabilität in den Blick nimmt. Es geht darum, die Risiken des Marktes vollständig den abhängig Beschäftigten aufzubürden. Die Aktionäre wollen nicht ihren Profit geschmälert sehen, wenn die Wirtschaftsaktivität nachlässt: sie verlangen, dass sie die Zufälligkeiten der Märkte direkt auf die Arbeitnehmer, die Subunternehmer und letztendlich auf die ganze Gesellschaft abwälzen können. Die Ausweitung der unsicheren Beschäftigungsverhältnisse ist das Mittel, das heute von den großen Finanzunternehmen erreichte extravagante Rentabilitätsniveau zu stützen und zu festigen.

Die Wirkung des Neueinstellungsvertrags (CNE) auf die Beschäftigung: Tricks und Schwindel

Um die Vorteile der Flexibilität zu beweisen, stützen sich Dominique de Villepin und Jean-Louis Borloo auf den „Erfolg des Neueinstellungsvertrags (CNE)": Im Rahmen des Neueinstellungsvertrags (CNE) hätten vom August 2005 bis März 2006 ungefähr 400.000 Einstellungen stattgefunden. Zuerst haben sie behauptet, dass diese Einstellungen nicht vorgenommen worden wären, wenn es den Neueinstellungsvertrag (CNE) nicht gegeben hätte. Ohne diesen Vertrag aber wären diese Einstellungen im Wesentlichen im Rahmen eines zeitlich begrenzten Arbeitsvertrags (CDD) vorgenommen worden. Dann haben sie behauptet – und zwar auf der Grundlage einer Meinungsumfrage unter den Unternehmern kleiner und mittlerer Betriebe -, dass ein Drittel der im Rahmen des Neueinstellungsvertrags (CNE) vorgenommenen Einstellungen neuen Arbeitsplätzen entsprächen. Dann behauptete eine „wissenschaftliche" Studie von Cahuc und Carcillo, die in der Presse breit wiedergegeben wurde, dass eine Ausweitung des Neueinstellungsvertrags CNE auf alle Neueinstellungen 80.000 neue Arbeitsplätze schaffen würde.

Alles weist aber heute darauf hin, dass die Beschäftigung in den kleinen Betrieben trotz des Neueinstellungsvertrags (CNE) nicht schneller wächst.

Was vor dem Ersteinstellungsvertrag (CPE) gesagt wurde…

„Es ist unmöglich, eine positive Auswirkung der Arbeitsmarktreformen, die mehr Flexibilität und Durchlässigkeit vorsehen, auf die Arbeitslosigkeit aufzuzeigen". (OCDE, Perspectives de l'emploi, 2004.)

„Man muss feststellen, dass diese größere Flexibilität der Beschäftigung keine erhebliche Reduzierung der Arbeitslosigkeit erlaubt hat" (Le sursaut. Vers une nouvelle croissance pour la France, Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz von Michel Camdessus, Paris, 2005).

3. Gibt es morgen den „Einheitsvertrag" für alle Arbeitnehmer?

Das eigentliche Ziel des Ersteinstellungsvertrags (CPE) wie des Neueinstellungsvertrags (CNE) war nicht nur, die Unsicherheit der Beschäftigungsverhältnisse für die Jugend weiter zu verschärfen, sondern vor allem ein Schritt weiter in Richtung zum „Einheitsvertrag" zu machen. Der Neueinstellungsvertrags (CNE) und der Ersteinstellungsvertrags (CPE) sollten es erlauben, einen richtigen historischen Rückschritt in Gang zu bringen, der hauptsächlich auf die unbefristeten Arbeitsverträge (Contrat à Durée Indéterminée - CDI) abzielte. Die OECD drückt es durch ihren Chefökonomen Jean-Philippe Cotis so aus: „Der Ersteinstellungsvertrag (CPE), so wie er heute gestaltet ist, kann nur eine erste Etappe auf dem Weg zu einer Vereinheitlichung der Arbeitsverträge sein, denn nach zwei Jahren tritt wieder das alte System in kraft (das System der unbefristeten Arbeitsverträge – CDI), das wir als zu restriktiv erachten".

Dominique de Villepin hat es in einem Gespräch in Le Monde vom 30 März 2006 bestätigt: "Ich dachte, dass die Medizin besser mit dem Ersteinstellungsvertrag (CPE) als mit dem Einheitsvertrag geschluckt würde".

Die unbefristeten Arbeitsverträge (CDI), ein Schutzstatut für die abhängig Beschäftigten, ist eine relativ neue Errungenschaft. Erst 1973 wurde in Frankreich ein gesetzlicher Rahmen geschaffen, mit dem die Einzelkündigung geregelt wurde. Bis dahin musste der Beschäftigte selbst die Willkürlichkeit der vom Unternehmer ausgesprochenen Entlassung nachweisen. Man kann sich vorstellen, wie schwierig es für die abhängig Beschäftigten vor den Gerichten war, wenn es beispielsweise galt, Zeugenaussagen von ArbeitskollegInnen zu bekommen, die selbst unter dem Druck des Unternehmers standen. Es gibt nämlich ein grundlegndes Ungleichgewicht im Beschäftigungsverhältnis zwischen Arbeitgebern und abhängig Beschäftigten: Der Unternehmer verfügt über die Macht, die Arbeit zu organisieren und den Arbeitsvertrag zu widerrufen. Der abhängig Beschäftigte kann zwar kündigen, aber der Arbeitsmarkt muss es ihm ermöglichen, anderswo eine ebenso gut bezahlte Arbeit zu finden.

Das Gesetz von 1973 verpflichtet den Unternehmer, einen "konkreten und ernsthaften Grund" geltend zu machen, um seine Entlassung zu rechtfertigen. „Konkret": es muss sich um einen objektiven Grund handeln, der auf klaren und eindeutigen Tatsachen beruht. „Ernsthaft": es kann sich nicht um eine leichte Verfehlung oder um eine vorübergehende wirtschaftliche Schwierigkeit handeln. Das Gesetz verpflichtet allerdings den Unternehmer nicht, dem abhängig Beschäftigten den konkreten und ernsthaften Grund zu beweisen, sondern überlässt es den Gerichten, eventuelle Streitigkeiten zu entscheiden.

Vergeblich sucht man das „Moderne" im Neueinstellungsvertrag (CNE) oder im Ersteinstellungsvertrag (CPE). Wenn man die Entlassungsvorschriften verwässert, indem man die Notwendigkeit, einen konkreten und ernsthaften Grund anzugeben, herausnimmt, bedeutet das nichts anders als die Zerschlagung des Gesetzes von 1973 und die Abschaffung der unbefristeten Arbeitsverträge (CDI). Die abhängig Beschäftigten und ihre gewerkschaftlichen Organisationen haben sich darin nicht geirrt, wie ihre sehr breite Beteiligung an der Bewegung gegen die Ersteinstellungsverträge (CPE) zeigt.

Sollte es etwa darum gehen, gegen die „Ungleichheiten zu kämpfen", die zwischen befristeten Arbeitsverträgen (CDD), Zeitarbeitsverträgen und unbefristeten Arbeitsverträgen (CDI), zwischen unsicher Beschäftigten und Arbeitnehmern in sicheren Beschäftigungsverhältnissen bestehen, indem man einen einheitlichen Arbeitsvertrag schafft? Der Medef hat natürlich keineswegs die Absicht, auf befristete Arbeitsver-

träge (CDD) und Zeitarbeitsverträge zu verzichten, Verträge, die die Anhänger des einheitlichen Arbeitsvertrages übrigens nicht zu verbieten vorschlagen. Der neue Arbeitsvertrag ist also nur dem Namen nach ein einheitlicher Vertrag. Und sein Ziel? Den „harten Kern“ des unbefristeten Arbeitsvertrages (CDI) zu sprengen, dessen Vorschriften noch die Mehrheit der Arbeitnehmer des privaten Sektors schützen. Alle lohnabhängig Beschäftigten werden dann Wegwerfbeschäftigte. Die Drohung, jederzeit willkürlich gekündigt zu werden, ist ein harter Schlag gegen die Fähigkeit der Arbeitnehmer, Widerstand zu leisten und sich gemeinsam zu organisieren.

Lösungen sind möglich

Arbeitslosigkeit und unsichere Beschäftigungsverhältnisse sind nicht das Schicksal des 21. Jahrhunderts. Gegen diese Plagen zu kämpfen erfordert, das menschliche Tun neu auszurichten und neu zu organisieren mit dem Ziel, den sozialen und ökologischen Bedürfnissen gerecht zu werden. Diese Notwendigkeit muss die Politik in Frankreich, in Europa, in der ganzen Welt bestimmen.

Um dem Aufbau Europas neuen Atem zu verleihen, muss man ihn radikal neu ausrichten:

Eine ganz andere Wirtschaftspolitik verfolgen: Mit dem „Stabilitätspakt“ muss Schluss sein. Die Zentralbanken müssen reformiert werden, damit die Staaten bei ihren Zentralbanken oder bei der europäischen Zentralbank Anleihen aufnehmen können, um nützliche Investitionen zu finanzieren und um eine differenzierte Kreditpolitik zu verwirklichen, die die für die Befriedigung ökologischer und menschlicher Bedürfnisse förderlich ist. Der europäische Haushalt muss aufgestockt werden, vor allem durch eine Besteuerung der Finanzeinkommen. Die Besteuerung des Kapitals und seiner Einkommen muss europaweit harmonisiert werden, um den Staaten und Gemeinden die Mittel für eine Politik an die Hand zu geben, die den ökologischen und sozialen Erfordernissen entspricht.
Eine solche Steuerpolitik würde die Verwirklichung einer ehrgeizigen europäischen und nationalen Politik zur Förderung der öffentlichen Dienstleistungen und der öffentlichen Beschäftigung (oder subventionierter Vereinigungen) ermöglichen: Gesundheit, Bildung, frühkindliche Betreuung und Erziehung, Altenpflege, öffentliches Transportwesen, Sozialwohnungen, Kultur, Umwelt; eine Politik, die auch massiv öffentliche und private Investitionen in den Bereichen erneuerbare Energien, Energiewirtschaft, Grundlagen- und angewandte Forschung voranbringt.

- Die Festlegung europäischer Normen fordern: Man muss in jedem Land einen allgemein garantierten, gesetzlichen Mindestlohn (Salaire Minimum Interprofessionnel de Croissance - SMIC) festsetzen sowie einen Zeitplan für die Harmonisierung dieser Mindestlöhne aufstellen; ebenso muss man im Bereich des Arbeitsrechts, des Arbeitsschutzes und der Arbeitsbedingungen die sozialen Normen (innerhalb einer Frist von 5 bis 10 Jahren) nach oben hin harmonisieren.

- Den Unternehmen Demokratisierung und die Einhaltung ökologischer und sozialer Kriterien vorschreiben: Die Arbeitnehmervertreter eines Betriebes müssen in Verbindung mit dessen wichtigsten betroffenen Gruppen (= lokale Verwaltungen, Anwohnervereinigungen, Vereinigungen zum Schutz der Umwelt und von Kranken...) über demokratische Rechte verfügen, um auf die strategischen Produktions- und Investitionsentscheidungen der Betriebe Einfluss auszuüben (Art der Produktion, Ansiedlung...)und um diese zu zwingen, die Folgen der gewählten Technologien und der Produktion für die Gesundheit der Beschäftigten, der Bevölkerung und für die Umwelt zu berücksichtigen. Man muss die Betriebe in sozialen- und Umweltbelangen zur Verantwortung ziehen: jedes Unternehmen muss einen ausführlichen, mit Zahlen versehenen Jahresbericht vorlegen, der standardisierte Hinweise enthält zu den sozialen Folgen (Löhne, Beschäftigung, berufliche Gleichstellung, Arbeitsbedingungen, Gesundheit am Arbeitsplatz) sowie zu den ökologischen Folgen (Abfälle, giftige Emissionen, Emission von Treibhausgasen) seiner Aktivitäten und die seiner Subunternehmer, und zwar für Europa und die Welt. Man muss ein öffentlich finanziertes Informations- und Überprüfungssystem für die Jahresberichte der Betriebe aufbauen und die Verbraucher über die sozialen und ökologischen Kosten der Produkte und Dienstleistungen informieren. Schließlich müssen die Eingriffe Europas und der Einzelstaaten in soziale und ökologische Belange (Normen, Besteuerung, Sanktionen) beträchtlich verändert und verstärkt werden.

- Den internationalen Austausch überdenken: Man muss den Austausch mit dem Rest der Welt (Kapital, Güter, Dienstleistungen, Technologien) nach den Regeln der Zusammenarbeit organisieren und den Freihandel aufgeben. Man muss die Handels- und Finanzbeziehungen innerhalb regionaler Blöcke unterstützen und die lokale Wiederansiedlung ausgesuchter Produktionen voranbringen, einmal aus sozialen Gründen (die Konkurrenz innerhalb der Arbeiter beschränken) sowie aus ökologischen Gründen (den Ausstoß von Treibhausgasen verringern). Unsere Märkte dürfen für die Länder des Südens nicht verschlossen sein. Aber jede Öffnung muss einhergehen mit einer Politik und mit Regelungen zum Schutz der Umwelt, mit einer Politik des sozialen Fortschritts und der Verteidigung der Menschenrechte, die den Vorrang vor den Regeln der Konkurrenz haben müssen.
Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten müssen eine andere Globalisierung anregen und sich dafür im politischen Kampf für die Einführung globaler Steuern engagieren: für Steuern auf finanzielle Transaktionen, auf CO2-Emissionen... Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und unsichere Beschäftigungsverhältnisse ist auch ein weltweiter Kampf, er macht es erforderlich, den internationalen Neoliberalismus aufzukündigen.

Für Einkommenssicherheit, Beschäftigungssicherheit und Sicherheit am Arbeitsplatz: den „Arbeitsmarkt“ in Frankreich neu gründen

- **Ein unbefristeter Arbeitsvertrag oder eine einheitlicher Vertrag für alle:** Man muss die Maßnahmen abschaffen, die unsichere Beschäftigungsverhältnisse verfestigen (Neueinstellungsvertrag - CNE, zeitlich begrenzter Arbeitsvertrag - CDD, Zeitarbeit). Die Norm für Arbeitsverträge muss der zeitlich unbefristete Vollzeitarbeitsvertrag (CDI) sein, Teilzeitarbeitsverträge nur auf Wunsch des Arbeitnehmers und nur wenn wieder abänderbar. Das Recht auf Übergang zur Vollzeitarbeit muss eingeführt werden, und zwar für alle Arbeitnehmer, die Teilzeitverträge abschließen mussten, in der großen Mehrheit Frauen; auch muss die Entlastung der Unternehmer von der Entrichtung von Sozialabgaben für Teilzeitarbeitsplätze abgeschafft werden. Man muss die Bezahlung der Überstunden stark erhöhen.
Es ist notwendig, die Rechte der Arbeitnehmer der großen Unternehmen auf die Arbeitnehmer der Subunternehmen in den Bereichen Beschäftigung, Löhne, Vertretungsorgane, betriebliche Verhandlungen, Gesundheit und Arbeitsplatzsicherheit zu erweitern, indem man wirtschaftliche und soziale Einheiten schafft; man muss auch das Personal des Gewerbeaufsichtsamtes zumindest verdoppeln, damit die arbeits-

rechtlichen Bestimmungen eingehalten werden.

- **Gegen jegliche Art von Diskriminierung kämpfen**: Berufliche Gleichstellung, das Recht auf Arbeit und eine sichere Beschäftigung muss unabhängig von Geschlecht, sexueller Orientierung, Herkunft und Gesundheitszustand sichergestellt werden. Der Kampf gegen Diskriminierung umfasst vielfältige Aktionen zur Sensibilisierung für dieses Thema und einen systematischen Kampf gegen missbräuchliches Verhalten seitens der Unternehmer. Beträchtlich verstärkt werden müssen auch die Tätigkeit der öffentlichen Dienstleistungen (Beschäftigung, Erziehung, Verkehr, Wohnung...) gegen die geographische Diskriminierung in den benachteiligten Vierteln, um die man sich immer seltener kümmert.

- **Alternativen zu Entlassungen fördern** und die Vorschriften bei Entlassungen verschärfen: Man muss die öffentlichen Beihilfen für Unternehmen abschaffen, die Kündigungen aussprechen, um ihre Gewinne zu steigern, und eine "soziale Erstattung" von denjenigen Betrieben auszahlen lassen, die Profite erwirtschaften. Entlassungen aus wirtschaftlichen Gründen müssen der Notwendigkeit untergeordnet werden, die Existenz des Unternehmens und nicht sein Rentabilitätsniveau zu erhalten. Die Verpflichtung zur beruflichen Wiedereingliederung der abhängig Beschäftigten muss verstärkt werden. Neue Rechte müssen den abhängig Beschäftigten und ihren Vertretern gewährt werden: Vetorecht für den Betriebsrat bei Entlassungsplänen (oder Zwang zu Verhandlungen mit dem Ziel, einen Mehrheitsbeschluss des Betriebes zu erreichen). Die staatlichen Organe müssen die Übernahme lebensfähiger Betriebe durch ihre Arbeitnehmer in der Form von demokratisch verwalteten Genossenschaften oder "Kooperativen im Allgemeinen Interesse" (SCIC - Société Coopérative d'Intérêt Collectif - die die Arbeitnehmer und die außerbetrieblichen betroffenen Gruppen zusammenbringt) fördern.

- **Eine Berufs-Sozialversicherung schaffen**: Das Recht auf Einkommen und auf Ausbildung muss von der Beschäftigung in einem bestimmten Unternehmen entkoppelt werden. Falls ein Arbeitsplatz begründet abgebaut wird und falls das Unternehmen wirklich die berufliche Wiedereingliederung des Arbeitnehmers nicht gewährleisten kann, muss dies die Berufs-Sozialversicherung innerhalb des Tätigkeitsbranche oder in der Arbeitsmarktregion übernehmen; sie muss außerdem gleichzeitig dafür sorgen, dass das Qualifikationsniveau des Arbeitnehmers erhalten bleibt und dass er während der Zeit der Arbeitsplatzsuche oder Fortbildung weiter Geld erhält. Diese Berufs-Sozialversicherung würde insbesondere durch einen Beitrag der Unternehmen finanziert, dessen Höhe in einem direkten Verhältnis zum Grad der Instabilität der jeweiligen Beschäftigung des Unternehmens steht: die Unternehmen, die ihre Arbeitskräfte entlassen oder die unsichere Beschäftigungsverhältnisse eingeführt haben, würden so bestraft werden. Der Staat würde seinerseits dazu beitragen und "soziale Ziehungsrechte" mitfinanzieren (eine Art von Sozialversicherungskonten), die jedem Arbeitnehmer für eine festgelegte Dauer, zum Beispiel 5 Jahre für das gesamte Berufsleben, gewährt würden.

- **Ein ausreichendes Mindesteinkommen**, ein echtes "Überlebenseinkommen" schaffen: Alle niederen sozialen Unterstützungsleistungen müssen auf einem Niveau vereinheitlicht werden, das erlaubt, in würdigen Verhältnissen zu leben. Dieses Mindesteinkommen muss ein individuelles Recht sein und darf nicht mit der familiären Situation zusammenhängen. Es würde die Entfaltung selbstbestimmter, selbstverwalteter, gemeinsamer und solidarischer Aktivitäten erlauben, die die Handlungsmöglichkeiten eines jeden Einzelnen freisetzen und den Druck verringern, den Arbeitslosigkeit und unsichere Beschäftigungsverhältnisse auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen von allen ausüben

- **Die Arbeitszeit verkürzen**: Die Verkürzung der Arbeitszeit erlaubt kurzfristig die massive Schaffung von Arbeitsplätzen und mittelfristig wird es möglich, den Gewinn an wirtschaftlicher Effizienz anstatt in eine Anhäufung materieller Güter in einen Gewinn an freier Zeit zu verwandeln. Dies ist also eine in sozialer und ökologischer Hinsicht entscheidende Maßnahme. Die 35-Stunden-Woche hat zwischen 1998 und 2001 500.000 Arbeitsplätze gebracht, aber es hätten noch dreimal mehr sein können. Man muss sofort die 35-Stunden-Woche für alle Arbeitnehmer einführen und den Übergang zur 32-Stunden-Woche und dann zur 30-Stunden-Woche innerhalb von fünf Jahren planen. Man muss Regelungen für die Arbeitsbedingungen und die Organisation der Arbeit verbindlich machen, damit die Arbeitszeitverkürzung (RTT, Réduction du Temps de Travail) nicht Flexibilisierung und Intensivierung der Arbeit nach sich zieht.

- **Den Mindestlohn und die niedrigen Einkommen aufwerten**: Attac stellt innerhalb der eigenen Organisation aber auch in der Gesellschaft den Vorschlag zur Diskussion, den Mindestlohn auf 1.500 € zu erhöhen und ihn wie auch alle niedrigen Einkünfte an den Produktivitätsindex zu binden. Attac beginnt auch einen Denkprozess über einen akzeptablen Maximalabstand zwischen den Einkommen. Die seit 25 Jahren vorherrschende Quasi-Stagnation der Löhne hält die Nachfrage niedrig und bremst die Schaffung von Arbeitsplätzen. Länder (wie Großbritannien oder Spanien), wo die Löhne dem Produktivitätsanstieg gefolgt sind, sind es, die die meisten Arbeitsplätze im Laufe der 10 letzten Jahre geschaffen haben. Alle nahe am Mindestlohn (SMIC) liegenden Lohnempfänger müssen sowohl von der Anbindung des Mindestlohnes an den Produktivitätsindex als auch von der Arbeitszeitverkürzung (RTT) profitieren. Dies wird es möglich machen, die Tendenz zum Höhenflug des Profitanteils an der Wertschöpfung umzukehren. Die am besten bezahlten abhängig Beschäftigten würden vorrangig über die Verkürzung der Arbeitszeit ohne Lohnabsenkung ihre Situation verbessern.

- **Die Beseitigung der Arbeitslosigkeit und der unsicheren Beschäftigungsverhältnisse durch die Besteuerung und die Reduzierung der Finanzeinkommen finanzieren**: Für alle in den Unternehmen ausgeteilten Finanzeinkommen (Dividenden, Gewinnbeteiligungsprämien) müssen Sozialbeiträge abgeführt werden und dann nach oben so begrenzt werden, dass die Skala der Löhne und Gehälter in den Betrieben nicht über das Verhältnis 1 zu 5 übersteigt. Die Aktienoptionen müssen abgeschafft werden. Die Besteuerung muss im Sinn einer stärkeren Progression reformiert werden.

- **Eine Ökologie der Arbeit entwickeln**: Die Intensivierung der Arbeit und das Leiden an der Arbeit machen viele Arbeitsplätze unerträglich. Eine effektive Anerkennung der Berufskrankheiten (Krebs, Probleme des Bewegungsapparates, Depressionen, heute noch massiv durch die Unternehmen und die Sozialversicherung verdrängt) muss durchgesetzt werden; Unternehmen, die ihre Beschäftigten krank machen, müssen bestraft werden; die Befugnisse von Arbeitskollektiven und Personalvertretungen müssen vergrößert werden, damit sie ein Kontrollrecht über die Arbeitsbedingungen und Arbeitsorganisation ausüben können. Diese neue nationale Politik muss ohne weiteres Zuwarten eingeleitet und entfaltet werden. Die Neuordnung Europas, ein Schwerpunkt des Kampfes von Attac, wird ihr vollen Aufschwung geben.

18.05.2006

http://france.attac.org/article.php3?id_article=6273

Übersetzung: Jürgen Janz

Attac Schweiz Sommerakademie und Generalversammlung 2006 (1. – 3. 9. 2006)

Generation Prekär?

Enden die Menschenrechte dort, wo die Unternehmensfreiheit beginnt?

Laurence Parisot, Vorsitzende des französischen Arbeitgeberverbands MEDEF, erklärte kurz nach ihrer Ernennung: "Die Meinungsfreiheit hört dort auf, wo das Arbeitsrecht beginnt." Die Schweizer Unternehmer sind sich eine weniger deutliche Sprache gewohnt und reden lieber von "notwendigen Anpassungen" des "rigiden Arbeitsmarkts" an die "Erfordernisse des internationalen Wettbewerbs". Jedoch ist die neoliberale Politik im Interesse der Unternehmen und der Kapitalbesitzer immer die gleiche: Flexibilisierung der Löhne, Deregulierung des Kündigungsschutzes, Umverteilung der Steuerlast zugunsten der Reichen, Abbau der Sozialversicherungen und der Sozialleistungen. Diese "Reformen" dienen in erster Linie dazu, den Arbeitsmarkt tief greifend umzugestalten, um die Profi traten für das Kapital wiederherzustellen. Die sozialen Folgen, insbesondere für die Ärmsten, sind nicht ausgeblieben. Auch in der Schweiz sind die Ungleichheiten immer grösser geworden. Während sich die Manager der Konzerne rekordverdächtige Löhne auszahlen lassen, ist die Armut kein Randphänomen mehr und trifft immer zahlreichere Lohnabhängige, insbesondere Frauen, Jugendliche und MigrantInnen. Es entsteht eine "Generation prekär". Die staatliche Antwort darauf ist eine Verschärfung der Sozialpolitik: Abbau von Sozialleistungen, Arbeitszwang und Kriminalisierung der Prekarität. Damit wird das Gefühl der sozialen Unsicherheit verstärkt, was wiederum Angst, Rassismus und "autoritäre Lösungen" fördert. Der Kampf gegen Erwerbslosigkeit, Unsicherheit und Prekarität ist heute eine entscheidende Frage. Die dritte Sommerakademie von attac schweiz will diese Politik und ihre Auswirkungen nicht nur verstehen, sondern auch über mögliche Alternativen und Widerstandsmöglichkeiten diskutieren, dies im Rahmen von Bildungsveranstaltungen und Workshops.

Aufruf des Netzwerks Education Sans Frontières *

"Wir nehmen sie unter unseren Schutz!"

Für Tausende von Kindern und jugendlichen Volljährigen bedeutet der 30. Juni 2006 nicht der Beginn der Sommerferien, sondern der Anfang eines Kreuzweges. An diesem Tag wird die „Bewährungszeit", die Nicolas Sarkozy den „illegalen" jugendlichen Volljährigen zugestanden hat, enden. „Bewährungszeit", weil Schulen und Gymnasien sich gegen Abschiebung mobilisiert hatten, aber danach werden die Ausweisungen wieder beginnen.

Anstatt in Ferien zu fahren werden Tausende Jugendliche und Kinder also zu Fliehenden, mit oder ohne ihre Eltern. Sie werden frühmorgens auf Schritte lauschen, zittern, wenn sie eine Uniform sehen und Angst davor haben, ihre Schule, ihre Freunde für immer verlassen zu müssen. Wenn sie gefasst werden, wird ihr gro? es Sommerspiel eine kleine Nebenrolle in einem widerlichen Krimi sein : Festnahme, mit oder ohne Familie. Die Eltern werden rüde behandelt, 48 Stunden in einer Zelle auf einer Polizeistation, danach zwei oder vier Wochen Haft, Dreck, Lärm, Gewaltübergriffe und Enge inbegriffen und danach eine Reise ohne Rückfahrschein in ein Land, das sie nicht (oder nicht mehr) kennen, dessen Sprache sie nicht (oder nicht mehr) sprechen, Papa und Mama mit Handschellen, wie Tiere an ihren Sitzen festgebunden.

Bei ihrer Ankunft erwartet die Mehrzahl unter ihnen extreme Armut. : keine Unterkunft oder Slams, keine Arbeit mehr und keine Aussicht, eine zu finden. Schlimmste Verfolgungen derer, denen Frankreich das Asylrecht versagt hat. Sie werden für das bezahlen, weswegen sie ihr Land verlassen hatten, manche auch dafür, dass sie ihre Folterknechte beim Namen genannt hatten. Keine Schule für die Kinder in Ländern, in denen Schule ein Luxus ist. Das ist das Schattenbild, das sich hinter den Rekordzahlen an Ausweisungen, die der Innenminister mit größter Zufriedenheit angekündigt hat, verbirgt : Das Leben Tausender ins Elend geworfen und vielleicht unter Folter beendet !

Wir lassen das Leben dieser Kinder, dieser Jugendlichen und ihrer Eltern nicht zerstören. Sie sind unsere Schüler, die Freunde unserer Schüler oder unserer Kinder. Sie haben hier ihre Schulbildung begonnen, sie sprechen unsere Sprache, sie haben die selben Freuden, aber leider viel größere Sorgen als ihre Klassenkameraden. Wenn sie (oder ihre Eltern, für die Kleineren) der schändlichen Ausweisung entkommen wollen, werden wir ihnen helfen. So wie wir Rachel und Jonathan in Sens, Samuel in Pau, Ming und Wie-Ying in Evreux geholfen haben. Wir sind solidarisch mit denen, die sie aufnehmen werden. Wenn sie um Asyl bitten, werden wir unsere Türen nicht verschließen.

Das ist gegen das Gesetz. Aber die Erziehung und Bildung, die wir unseren Schülern geben sollen, kann kein Beispiel für Unterordnung unter das Unrecht sein. Jede(r) hat die Zeiten in Erinnerung, in denen das unerträgliche Verfolgung jede(n) dazu aufrief, die richtige Wahl zu treffen. Keine Wahl zu treffen bedeutete, gewähren lassen. Und das nicht nur in Zeiten der Diktatur. Hätte Rosa Parks, 1955 im Gefängnis, weil sie sich gegen Gesetz der Rassentrennung gewehrt hat, sich unterwerfen sollen, weil diese Gesetze „demokratisch" gemacht wurden? General Paris de la Bollardière, der in Haft genommen wurde, weil er die Folterungen der französischen Armee in Algerien anklagte, hätte er schweigen sollen, weil Frankreich eine „Demokratie" war?

Wir lassen solche Schandtaten in unserem Namen nicht zu.

Am 30. Juni geht die „Bewährungszeit", die unseren Schülern und ihren Eltern zugestanden wurde, zu Ende. Tausenden von Kindern und ihren Familien droht eine Massen-Ausweisung und ihre Zukunft wird zerstört. Wir lassen solche Schandtaten in unserem Namen nicht zu. Mit all unseren verfügbaren Mitteln werden wir unsere Unterstützung, unsere Patenschaft, unseren Schutz geben. Wenn sie uns um Schutz bitten, werden wir ihnen nicht die Türen verschließen, wir werden sie unterbringen, ihnen zu Essen geben; wir werden sie nicht bei der Polizei verraten.

115 000 Unterschriften bis zum 7.8.;
s. auch:
www.educationsansfrontieres.org/article.php3?id_article=718

* Netzwerk Erziehung ohne Grenzen **www.educationsansfrontieres.org**